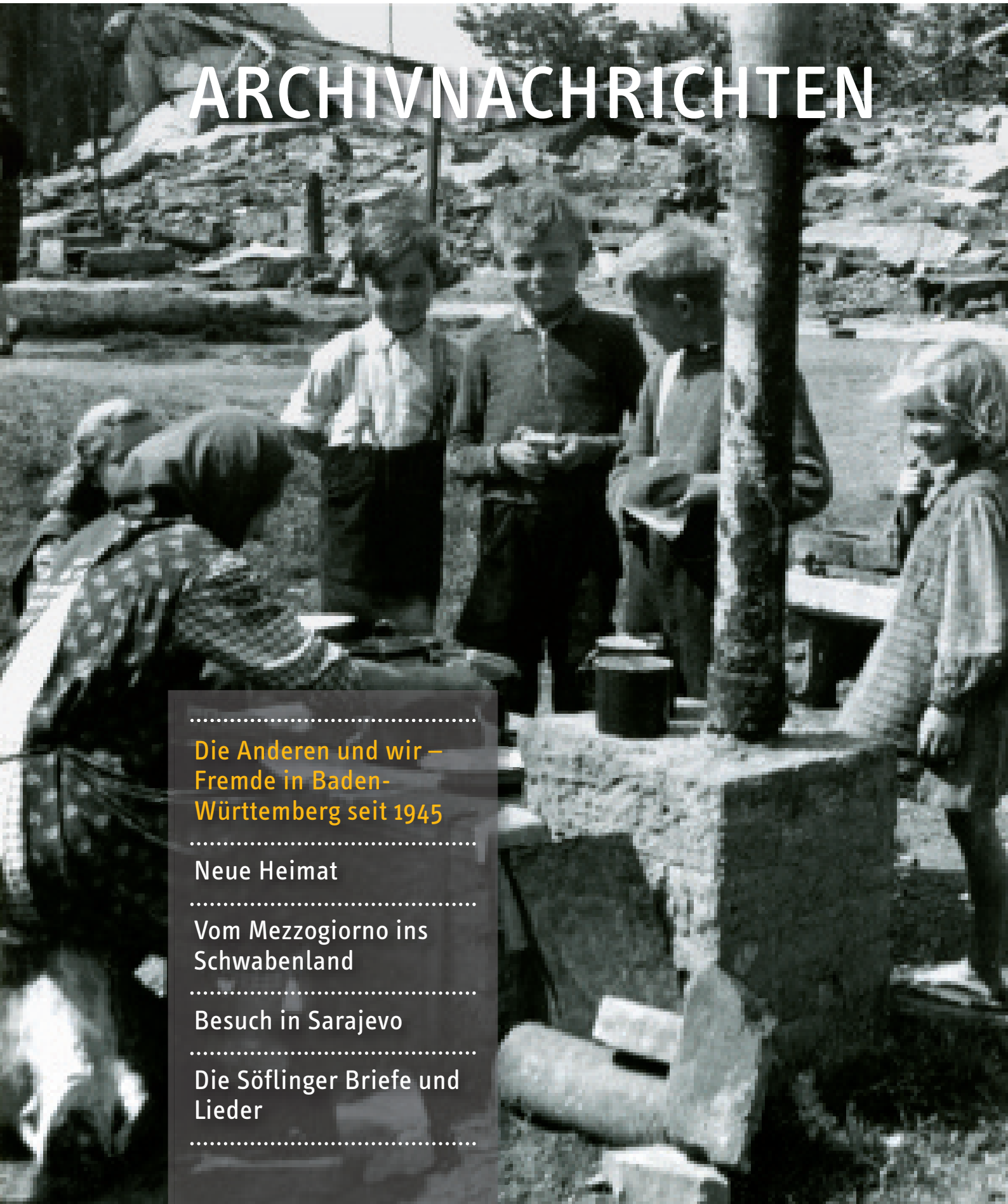
LANDESARCHIV
BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 44 / März 2012

ARCHIVNACHRICHTEN



Die Anderen und wir – Fremde in Baden-Württemberg seit 1945

Neue Heimat

Vom Mezzogiorno ins Schwabenland

Besuch in Sarajevo

Die Söflinger Briefe und Lieder

Inhalt

Regina Keyler
3 || Editorial

DIE ANDEREN UND WIR – FREMDE IN BADEN-WÜRTTEMBERG SEIT 1945

Reinhold Weber
4 || 60 Jahre Einwanderungsland Baden-Württemberg

Peter Bohl
6 || Neue Heimat. Flüchtlinge und Heimatvertriebe in Württemberg-Baden

Robert Meier
8 || Aus Böhmen nach Bronnbach

Monika Schaupp
10 || Die Wertheimer Glasindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg

Anita Barišić / Wolfgang Mährle
12 || Besuch in Sarajevo

Peter Müller
14 || Vom Mezzogiorno ins Schwabenland

Elke Koch
16 || Fremdes Recht. Konfliktfälle mit NATO-Angehörigen

Kurt Hochstuhl
17 || Die Rumänische Bibliothek in Freiburg

Karl J. Mayer
18 || Fremde in Baden-Württemberg seit 1945. Zur Quellenlage in Kommunalarchiven

Peter Müller
20 || Wo Fremde und Einheimische wohnen. Die Bedeutung statistischer Unterlagen für die Migrationsgeschichte

Elke Koch
22 || Archiv für alle. Schülerprogramme zur Migration im Staatsarchiv Ludwigsburg

ARCHIV AKTUELL

Robert Kretzschmar
23 || Jahresbericht für 2011

Christian Keitel
25 || Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Sabine Holtz
26 || LEO-BW - Landeskunde entdecken online

Wolfgang Krauth
27 || Endspurt zum Kultur- und Wissenschaftsportal für Deutschland

Clemens Rehm
28 || Der Jahresbegleiter „365 Tage Baden-Württemberg“

Martin Häussermann
29 || Jüdische Steuerakten in Bad Mergentheim entdeckt

Peter Müller
30 || Vom Balkan an den Neckar. Bulgarische Archivarin hospitiert im Landesarchiv

QUELLEN GRIFFBEREIT

Konrad Krimm
31 || Vordringlich: die Deutschen im Osten. Die „Forschungsstelle Badener in aller Welt“

Joachim Brüser
32 || Das Archiv der Freiherren von Türckheim im Generallandesarchiv

Bastian Gillner
34 || Die beschwerliche Reise zum Bischof. Lehensakten im Partikulararchiv Hohenlohe-Oehringen

Andreas Neuburger
35 || Politik, Militär und fürstliches Leben. Die Nachlässe des Fürsten Karl Anton und des Prinzen Friedrich von Hohenzollern

Maria Magdalena Rückert
37 || Die Söflinger Briefe und Lieder im Staatsarchiv Ludwigsburg online

Erwin Frauenknecht / Peter Rückert
38 || Ein besonderer Schatz im Netz. Die Urkunden des Klosters Maulbronn in digitaler Präsentation

Martina Heine
40 || Karten und Pläne des Staatsarchivs Wertheim im Internet

KULTURGUT GESICHERT

Andreas Kieffer / Frieder Kuhn
41 || Im Notfall bitte öffnen. Notfallausrüstung in Archiven und Bibliotheken modernisiert

Andrea Heck / Peter Rückert
42 || Die Stammtafel der Grafen von Montfort

Norbert Becker / Andreas Kieffer
43 || Nur das Beste für die Autobahn!

Anna Haberditzl
44 || Neue Norm sichert optimale Verpackung von Archivgut

ARCHIVE GEÖFFNET

Andreas Neuburger
45 || 800 Jahre Kloster Wald. Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen zum Jubiläum

Thomas Fritz
46 || Lebens-Wandel. Wera Konstantinowna (1854–1912). Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

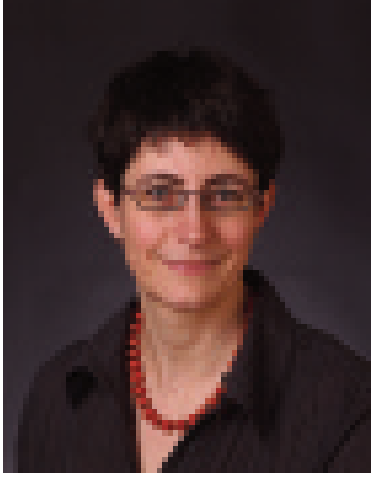
HÄUSER MIT GESCHICHTE

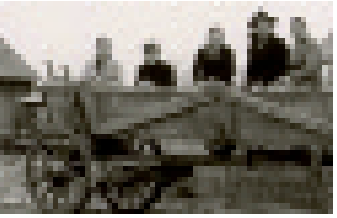
Monika Schaupp
47 || Der Krankenbau des Zisterzienserklosters Bronnbach. Seit 20 Jahren Gebäude für den Archivverbund Main-Tauber

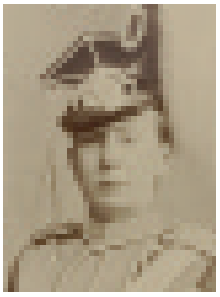
GESCHICHTE ORIGINAL: QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 43

Ulrich Maier
50 || Türkische „Gastarbeiterkinder“ in den 1970er-Jahren

Editorial







Welchen Beitrag sollen die *Archivnachrichten* des Landesarchivs Baden-Württemberg zum Landesjubiläum leisten? Dieser Gedanke beschäftigt uns seit dem letzten Jahr. Vor zehn Jahren, zum 50. Geburtstag unseres Bundeslandes, berichteten die *Archivnachrichten* über die Ausstellung *Baden-Württembergische Befindlichkeiten. Das Land und seine Symbolik* im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, über die CD-Rom *Der Kampf um den Südweststaat* mit Dokumenten zur Landesgründung und die Plakat-Aktion mit demselben Titel in Freiburg. Die Gründungsgeschichte Baden-Württembergs – so unser Gedanke – sollte daher nicht wieder Thema der *Archivnachrichten* sein. Viel spannender fanden wir die Überlegung, wie Baden-Württemberg zu dem wurde, für das es heute steht. Und so verfielen wir auf die Idee, den Anteil der Zuwanderer an der Entwicklung Baden-Württembergs zu beleuchten.

In der Geschichte hätte man weit zurückgehen können: Auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg waren selbst die Alemannen einst Fremde, die im Zuge der Völkerwanderung in den Südwesten gezogen waren. Auch in der *Neuzeit* kamen dann immer wieder fremde Volksgruppen ins Land, seien es Schweizer, die das wüste Land nach dem 30jährigen Krieg besiedelten, Religionsflüchtlinge wie Waldenser und Hugenotten am Ende des 17. Jahrhunderts oder Eisenbahnarbeiter aus Italien an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Da es in diesem Heft jedoch um das Werden Baden-Württembergs gehen soll, haben wir uns dafür entschieden, gerade die Zuwanderung und die *Fremden* seit 1945 in den Blick zu nehmen.

Wir und die anderen ist in dieser Hinsicht ein recht provokanter Titel, drückt er doch die Abgrenzung der *Einheimischen* gegenüber den *Fremden* aus, die zu allen Zeiten stattgefunden hat. Spannend ist jedoch, dass sich die Perspektiven so schnell – innerhalb von wenigen Generationen – ändern können: Aus den *Anderen* werden dann waschechte *Baden-Württemberger*.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Archiven sind wieder auf die Suche gegangen – und haben ein breites Spektrum an Geschichten über *Fremde* zu Tage gebracht: das reicht vom klassischen Thema *Flüchtlinge und Heimatvertriebene* in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Bericht über die archivpädagogische Arbeit mit *Migrantenkindern* in den Archiven.

Der aktuelle Teil der Archivnachrichten wird eingeleitet durch den Jahresbericht des Präsidenten für 2011. Ein buntes Spektrum über die Arbeit im Archiv und über neu zugängliche Quellen finden Sie in den Rubriken *Quellen griffbereit, Kulturgut gesichert* und *Archive geöffnet*.

Neu in diesem Heft ist die Rubrik *Häuser mit Geschichte*. Eigentlich startete sie schon im letzten Heft mit dem Bericht über den Erweiterungsbau des Generallandesarchivs Karlsruhe. Aber nicht nur dieser Neubau birgt interessante Details: Viele der Gebäude, in denen die Abteilungen des Landesarchivs Baden-Württemberg heute untergebracht sind, haben eine bewegte Geschichte hinter sich. Außerdem bergen sie in ihren Mauern jede Menge *Geschichte(n)*. Der neue Beitrag beschäftigt sich mit dem Gebäude des Archivverbunds Main-Tauber, ursprünglich gebaut als Krankenbau des Klosters Bronnbach.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Dr. Regina Keyler

60 Jahre Einwanderungsland Baden-Württemberg

Migration war immer schon der *Normalfall der Geschichte* (Klaus J. Bade), Sesshaftigkeit hingegen lange Zeit ein Luxus. Das gilt auch und gerade für ein Land wie Baden-Württemberg, das aufgrund seiner zentralen Lage in Europa schon immer eine Region mit starken Wanderungsbewegungen war. Lange Zeit lebte man hierzulande mit der Lüge, kein Einwanderungsland zu sein, lange Zeit auch wurde der Begriff der multikulturellen Gesellschaft als Kampfbegriff diffamiert, als er schon längst gesellschaftliche Realität war. Denn unbestreitbar ist: Zuwanderer haben Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur Baden-Württembergs nachhaltig geprägt. Ja, ohne sie ist das jüngste der *alten* deutschen Länder kaum zu denken.

In drei großen Wellen haben Bevölkerungsbewegungen das Gesicht des Landes – im wahrsten Sinne des Wortes – verändert: erstens die erzwungene Migration von Flüchtlingen und sogenannten Heimatvertriebenen aus dem Herrschaftsbereich der Sowjetunion nach der von Hitler-Deutschland angezettelten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, zweitens die Zuwanderung von Arbeitsmigranten in das junge und boomende Wirtschaftswunderland seit Beginn der 1950er Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 im Zuge der Ölkrise. Im Anschluss an eine sehr wechselhafte Migrationsentwicklung begann Ende der 1980er Jahre mit dem Zerfall des Ostblocks eine neue Phase der Zuwanderung mit dem Zustrom von deutschstämmigen Spätaussiedlern sowie Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem auseinanderfallenden Vielvölkerstaat Jugoslawien.

Die erste große Welle der deutschstämmigen Zwangszuwanderer der Nachkriegszeit erreichte den Südwesten im Winter 1945/46. Der Höchststand mit gut 1,2 Millionen Heimatvertriebenen und weiteren mehr als 400.000 Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR war dann 1961 erreicht, im Jahr des Mauerbaus in Berlin. Das entsprach mehr als 20 Prozent der Bevölkerung. Statistisch gesehen waren die Vertriebenen überwiegend jung, weiblich und katholisch. Nicht selten empfanden die *Neubürger*, wie sie von Amts wegen genannt wurden, ihre neue Heimat als Diaspora. Im überwiegend protestantischen Nordwürttemberg haben sie die konfessionellen Verhältnisse durcheinandergewirbelt wie zuletzt der Dreißigjährige Krieg.

Lange Zeit wurde der Mythos der *schnellen Integration* der Vertriebenen gepflegt. Die *Meistererzählung* des *Eingliederungswunders* passte hervorragend in die Erfolgsgeschichte der jungen Wirtschaftswunderrepublik, die eine ihrer größten Belastungen so schnell zu bewältigen schien. Vielmehr aber belegt die Geschichte der Zwangszuwanderungen nach 1945 auch, dass Integrationsprozesse – selbst wenn die Migranten der deutschen Sprache mächtig sind – Zeit brauchen. Aber trotz aller Schwierigkeiten, Vorbehalte und Integrationsdefizite ist die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen gemessen an den Faktoren, anhand der wir heute auch die Integration von nichtdeutschen Migranten bewerten, gut gelungen – wenn auch nicht so rasch und reibungslos, wie vielfach konstatiert wurde.

Die Aufstiegs- und Leistungsorientierung der *Neubürger* passte in die Wirtschaftswundermentalität der Nachkriegszeit. Mit viel Fließ und Ehrgeiz versuchten die Heimatvertriebenen, ihren alten sozialen Status wieder zu erlangen. Hilfreich waren dabei zweifellos die Arbeitsmigranten aus dem Mittelmeerraum, die seit Beginn der 1950er Jahre in das mit zweistelligen Wachstumsraten boomende Industrieland Baden-Württemberg kamen. Für die Arbeitsmigranten bürgerte sich rasch der Begriff der *Gastarbeiter* ein, der die beiderseitige Illusion der baldigen Rückkehr so trefflich umschrieb. Viele Deutsche stiegen aufgrund der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in bessere berufliche Positionen auf und profitierten von diesem sozialen *Fahrstuhleffekt*. Die bilateral getroffenen Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961) und weiteren Mittelmeerländern, zuletzt Jugoslawien (1968), waren im Grunde genommen eine staatlich gesteuerte Einwanderungspolitik. Es war allerdings eine Einwanderungspolitik ohne Integrationspolitik, die als Politikfeld erst seit wenigen Jahren ernst genommen wird.

Allein in den Jahren zwischen 1989 und 1992 sind im Gefolge der weltpolitischen Wende nach dem Zerfall der Sowjetunion annähernd 500.000 Menschen aus dem Ausland nach Baden-Württemberg gekommen. Es waren vorwiegend deutschstämmige Spätaussiedler aus Rumänien, Polen und der früheren Sowjetunion sowie Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Seit der Mitte der 1990er Jahren haben sich die Wanderungsströme stark beruhigt.

Seit der Gründung des Landes im Jahr 1952 sind fast 17 Millionen Menschen nach Baden-Württemberg zugezogen, annähernd 14 Millionen haben das Land wieder verlassen. Dieses Wanderungsplus resultiert hauptsächlich aus den Wanderungsbewegungen zwischen Baden-Württemberg und dem Ausland. Traditionell hat Baden-Württemberg den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund unter den deutschen Flächenländern. Etwa 2,8 Millionen Menschen gehören heute zu den Menschen mit Migrationshintergrund im Land, die gut ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. In den Großstädten sind es 40 Prozent. Sie bereichern das Land in vielfacher Weise, aber es besteht auch noch Nachholbedarf in Sachen Integration, vor allem was die Bildungsabschlüsse und die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt betrifft.

Reinhold Weber

1 | Ankunft einer „Waggongemeinschaft“ von Vertriebenen aus Südmähren und Znaim in Wertheim am Main im Februar 1946. Die Flüchtlinge kamen aus einem Durchgangslager und wurden im ehemaligen Fliegerhorst Reinhardshof untergebracht.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-A 57 II

2 | Kinderspielplatz im Flüchtlingslager Freiburg-Betzenhausen. In dem früheren Internierungslager für NS-Verbrecher waren ab 1949 Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht.
Vorlage: Landesarchiv StAF, W 134 Nr. 025998c

3 | Auf den Bahnsteigen begann oft ein neues Leben oder es wurde Abschied genommen. Das Foto zeigt „Gastarbeiter“ der ersten Generation auf dem Karlsruher Hauptbahnhof.
Foto: Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA A9/90/6/2

4 | „Gastarbeiterinnen“ waren in den 1960er-Jahren in der Textil- und Bekleidungsindustrie besonders beliebt. Bei den deutschen Arbeitgebern galten sie als fleißig und geschickt. Das Foto zeigt italienische Arbeiterinnen im Jahr 1960.
Foto: Haus der Geschichte, Sammlung Kilian

1

Neue Heimat

Flüchtlinge und Heimatvertriebe in Württemberg-Baden

Lager Schlotwiese in Zuffenhausen am 12.9.1949: Eine Gruppe sehr distinguiert aussehender Herren schlendert durch eine Barackensiedlung, ein Herr mit Fliege und Hut ignoriert – wahrscheinlich unbewusst – das freundliche Lächeln zweier Frauen, eine im modischen, getüpfelten Sommerkostüm gehend, die andere mit Kopftuch und dunkler Tracht spinnend vor ihrer Behausung sitzend. Ein kontrastreiches Bild des Fotografen Peter Weizsäcker, der den Besuch einer Delegation des amerikanischen Kongresses in Württemberg-Baden dokumentierte.

Zwei große Probleme des Flüchtlingswesens – der fehlende Wohnraum und der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten – wurden während des Aufenthalts angesprochen. Am Ende der Reise erhielt jeder Teilnehmer einen Fotoband, in dem auch weitergehende Informationen zu und über die Flüchtlinge im Land Württemberg-Baden zusammengetragen waren.

Die *Schlotwiese* in Stuttgart-Zuffenhausen wurde bereits in den Kriegsjahren als Barackenlager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter genutzt. Im August 1945 beschlagnahmte die amerikanische Militärregierung das Lager und wies rund 1200 deutsche Vertriebene aus Südosteuropa dort ein. Ursprünglich sollten die 1944 zwangsevakuierten Donauschwaben wieder in ihrer Heimat repatriiert werden, doch zeigte sich rasch die Unmöglichkeit der Rückkehr. Aus dem geplanten kurzfristigen Provisorium wurde für viele ein Wohnort für längere Zeit. Im durch den Krieg stark zerstörten Stuttgart gab es kaum für die heimische Bevölkerung ausreichend Wohnraum, noch weniger für die weiter zuströmenden Flüchtlinge. In dieser schwierigen Situation ergriffen einige Neubürger, auch der Schlotwiese, die Initiative und gründeten 1948 die gemeinnützige Baugenossenschaft *Neues Heim*. Der Erfolg dieses Unternehmens wird in diesem Band durch weitere Fotos belegt. Die Neubürger trugen mit dazu bei, einen neuen Stadtteil, Stuttgart-Rot, aufzubauen. Aus den ehemaligen Neubürgern wurden Alteingesessene, deren Engagement, Ideenreichtum und Initiative neuen Wohnraum schuf und die Eingliederung in die Gesellschaft der neuen Heimat beförderte. Die letzten Baracken auf der Schlotwiese wurden im Jahr 1967 geräumt und dann abgerissen.

2

Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen konnte allerdings nur dann gelingen, wenn für sie Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten von öffentlicher und privater Seite oder von den Neubürgern selbst geschaffen wurden. Ein Beispiel für Eigeninitiative präsentierte man den amerikanischen Gästen am nächsten Tag in Schwäbisch Gmünd. Dort wurde nach der Begrüßung durch den Landrat besonderes Augenmerk auf den Besuch der sich im Raum Schwäbisch Gmünd angesiedelten Sudetendeutschen aus Gablonz gelegt, die mit der Fertigung von Glasschmuck begonnen hatten. Schwäbisch Gmünd war seit langem als Schmuckstadt bekannt, die nun durch die Ansiedelung der nordböhmischen Glasschmuckhandwerker eine wertvolle Ergänzung erhielt. Die Produktionsräume und die Produkte dieser Kleinunternehmer wurden dem Komitee mit Stolz vorgestellt. Die Symbiose von alteingesessener und neuhinzugekommener Handwerks- und Industrietradition beförderte nachhaltig die gewerbliche Entwicklung dieses Raumes.

Peter Bohl

1 | Besuch der Delegation im Lager Schlotwiesen, 12.9.1949.
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 152 A XI Nr. 6

2 | Wohnungsnot im Lager Schlotwiesen.
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 152 A XI Nr. 6

Außer dem Bildband mit der Signatur J 152 A XI Nr. 6 verwahrt das Hauptstaatsarchiv noch weitere Unterlagen, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen dokumentieren. Zu nennen sind hier die EA-Bestände des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und die Verbandsunterlagen des Bundes der Vertriebenen – Landesverband Baden-Württemberg (Bestand Q 3/51). Auch das Audiovisuelle Archiv stellt informative Ton- und Filmdokumente, die die bemerkenswerten Leistungen der Alt- und Neubürger bei der Eingliederung belegen, für Nutzer bereit.

Aus Böhmen nach Bronnbach

Da hatten wir noch nie etwas von gehört. Diesen Satz hört man oft, wenn Vertriebene aus den Jahren nach 1945 über den Ort erzählen, an dem sie schließlich landeten. Er gilt auch für Wertheim am Zusammenfluss von Main und Tauber im Norden Baden-Württembergs. Hier sammelten sich nach dem Krieg vor allem Deutsche aus Ungarn, aber auch Vertriebene aus dem Sudetenland. Häufig hatten sie abenteuerliche Geschichten hinter sich, mit langen Fußmärschen in Gruppen oder heimlichem Grenzübertritt als Einzelne, mit Fahrten in Zügen mit unbekanntem Ziel, mit Lageraufenthalten und Entlausungen.

Da hatten wir noch nie etwas von gehört: Der Satz steht auch für den Zusammenbruch des Gewohnten, für den Kollaps des Umfeldes und der sozialen Ordnung, in der die Vertriebenen sich bewegt hatten. Dieser Moment in der Nachkriegsgeschichte wird manchmal als *Stunde Null* bezeichnet. Aber gab es diese *Stunde Null* wirklich? Gab es einen Moment, an dem alles neu begann? Auch die Vertriebenen waren weiterhin mit ihrer Vergangenheit verbunden. Zum Beispiel durch den Beruf: Landwirtschaftliche Arbeitskräfte waren in Wertheim gesucht, weil die in den letzten Kriegsjahren hier beschäftigten Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter nun ihrerseits auf dem Weg in die Heimat waren. Wer in der Landwirtschaft arbeiten konnte, der hatte Chancen auf eine Arbeitsstelle und damit auf Unterkunft und Verpflegung.

Für etwa 25 Familien der Wertheimer Vertriebenen wurde Vergangenes noch auf ganz andere Weise bestimmend für ihr weiteres Leben. Sie stammten aus Böhmen, wo die Fürsten Löwenstein seit dem 18. Jahrhundert umfangreichen Besitz hatten. In der Frühen Neuzeit regierten die Löwensteiner die Grafschaft Wertheim und bauten ein Schloss in Kleinheubach am Main, aber auch im böhmischen Haid verfügten sie über eine Residenz. Der damalige Chef des Hauses, der im Laienkatholizismus engagierte Fürst Alois zu Löwenstein, hatte die Zeit des Nationalsozialismus überwiegend in Haid verbracht. Zwischen Böhmen und Unterfranken gab es beim Personal – Küchenmädchen, Garderobendame, Kammerdiener – immer Austausch. Ebenfalls im Besitz der Löwensteiner war seit der Säkularisation 1803 das im Mittelalter begründete Zisterzienserkloster Bronnbach an der Tauber. Bronnbach war 1806 badisch geworden, gehörte nach 1945 zur amerikanischen Besatzungszone und dann zu Württemberg-Baden. Im Krieg hatte Erbprinz Karl im Kloster Kulturgut einlagern lassen: Museumsgegenstände aus Köln und Archivalien aus Frankfurt und Würzburg fanden weitab der großen Städte Schutz vor Luftangriffen.

Und hier kamen nun nach dem zweiten Weltkrieg die erwähnten 25 Familien aus Böhmen an. Es handelte sich um ehemalige Angestellte des Fürsten zu Löwenstein aus seinen böhmischen Besitzungen und ihre Familien. Die Fürsten waren 1945 selbst aus Böhmen vertrieben worden. Nun boten sie ihren früheren Beschäftigten Unterkunft in Bronnbach und sorgten für Zuzugserlaubnisse und Arbeit, so gut das damals ging. Für die Betroffenen hieß dies: Sie hatten bei der Ausweisung ein Ziel. Manche kamen auf großen Umwegen, hatten nach der Ausweisung zunächst in Bayern oder Österreich in Lagern oder auf Bauernhöfen gelebt. In Bronnbach trafen sich die Familien dann wieder. In den Nachkriegsjahren wohnten in der Klosteranlage so viele Menschen wie niemals zuvor. Man konnte sogar zwei Gemeinderäte im Hauptort Reicholzheim stellen und wählte einen Einheimischen und einen Vertriebenen. Im Wiederaufbau zogen die Menschen dann der Arbeit hinterher, nach Wertheim in die Glasindustrie oder nach Stuttgart. 1952, als der Südweststaat Baden-Württemberg gegründet wurde, war die Bronnbacher *Notgemeinschaft* bereits Geschichte.

Robert Meier

Die Geschichte der Vertriebenen aus Böhmen, die nach dem Krieg nach Bronnbach kamen, hat der Archivverbund Main-Tauber in einem Oralhistory-Projekt dokumentiert. Aus dem Projekt ist auch eine Publikation entstanden: Robert Meier, Bronnbach. Ein Ort im Lauf der Zeit, Stuttgart 2008. ISBN 978-3-00-025421-5, 8 €.

1 | Arbeit in der Landwirtschaft: Kartoffellegen.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R NL 8 Nr. 166

2 | Arbeit in der Landwirtschaft: ein Treckergespann.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R NL 8 Nr. 166

3 | Der Josephsaal, ein Festsaal im Kloster Bronnbach. Zustand heute. Im 2. Weltkrieg waren hier Museumsgegenstände eingelagert.
Vorlage: Eigenbetrieb Kloster Bronnbach

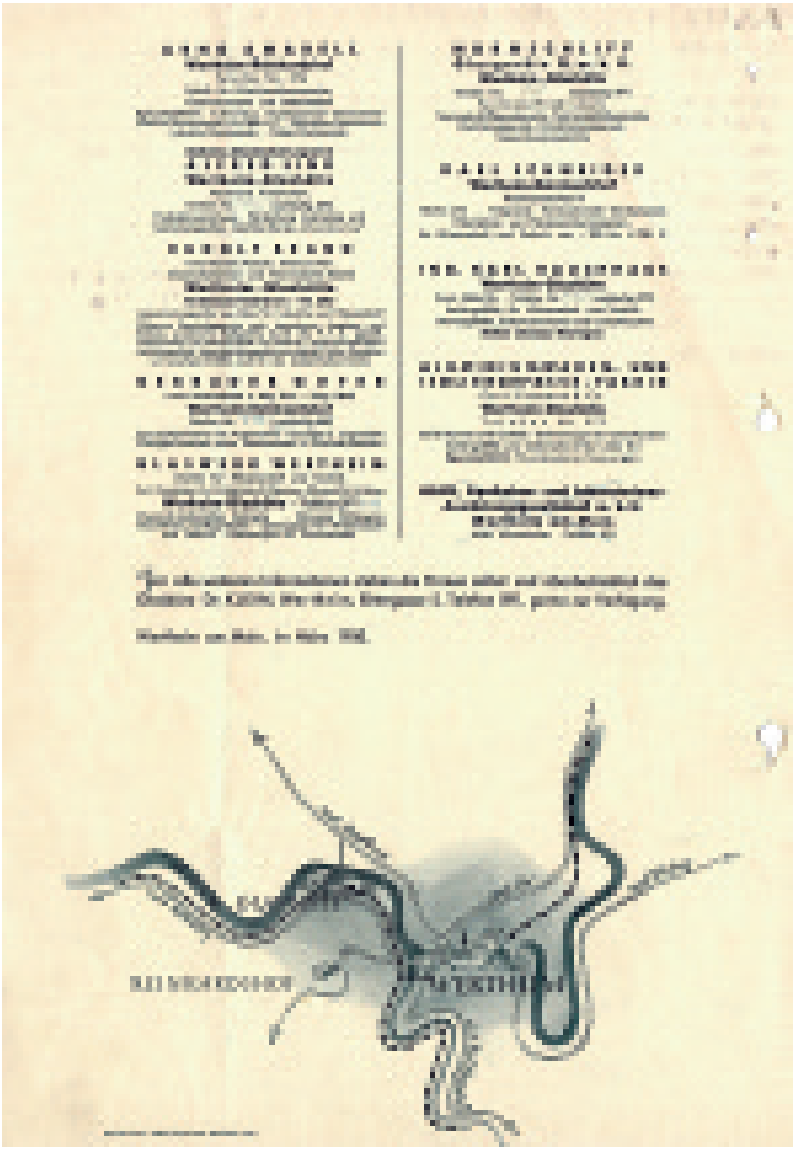
1

2

3

„Wenn's eines gibt gewaltiger als das Schicksal, dann ist's der Mut, der's unerschüttert trägt“

Die Wertheimer Glasindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg



1

2

1 | Werbeblatt der Wertheimer Glasindustrie vom März 1950. Ob die Wertheimer Burg auf dem Lageplan bereits damals signalisieren sollte, dass es sich in Wertheim nicht nur gut arbeiten, sondern auch angenehm leben lässt?
Vorlage: Landesarchiv StAWt-K LRA 20 Nr. 270

2 | Wertheim-Bestenheid 1958 – im Hintergrund die Glashütte, links die neu erbauten Wohnhäuser.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-A 57 II 0011-01-102

Der zitierte Sinnspruch von Emanuel Geibel steht einem Werbeblatt zehn Wertheimer Glasbetriebe vom März 1950 voran. Diese, *ein Kreis von thüringischen Glasfachleuten sowie eine Anzahl selbständiger glasverarbeitender und flachglasveredelnder Betriebe*, bewerben damit ganz selbstbewusst ihr jeweiliges *im In- und Auslande anerkannte Produktionsprogramm*, anknüpfend *an die altbewährten Traditionen* dreier Ilmenauer Firmen und den *alten Freunden sowie den neuen Interessenten* zur Information. Doch wie kam es zu dieser räumlichen Konzentration der Glasindustrie, die bis heute für Wertheim wesentlich ist?

So unglaublich es klingt, es war vor allem Zufall, dass die vor den Repressalien in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR geflohenen oder andernorts ausgebombten Unternehmer sich in Wertheim zusammenfanden: durch zufällige Bekanntschaften, durch illegales Abhören des Westrundfunks oder durch verwandtschaftliche Beziehungen erfuhr man von leer stehenden Industriehallen, von ersten Ansiedlungen der Glasindustrie, von vorhandenen Arbeitskräften, vom beginnenden Aufschwung (vgl. Claudia Wieland: Neubeginn in Ruinen. Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Wertheim, in: Archivnachrichten 36, März 2008).

Sofort strebte man die Errichtung einer Glashütte als notwendiger Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit an, denn beim technischen Hohlglas lag in Thüringen das Monopol, wovon man nun abgeschnitten war. Mit finanzieller Unterstützung des Landes Baden wurde sie 1950 errichtet, bald beschäftigte sie über 500 Mitarbeiter. Für die Versorgung mit Wohnraum wurde in unmittelbarer Nähe die Glashüttensiedlung errichtet, weitere Wohnbauprogramme folgten. Die Glasindustrie florierte. Die Gründung mehrerer verwandter Institutionen unterstützte diese Entwicklung: 1951 Interessengemeinschaft der Wertheimer Glasindustrie e.V. (anfangs 23 Betriebe mit rund 700 Arbeitskräften, Vorläufer 1950: Glasbüro Dr. Klein zur Beratung und Gesamtplanung der Glasindustrie); 1951 Forschungsgemeinschaft für technisches Glas e.V. zur Unterstützung der Laborglasindustrie (seit 1995 in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Silikatforschung ISC, Außenstelle Bronnbach); 1952 Eichamt für Glasmessgeräte Wertheim (heute Außenstelle des Eichamts Heilbronn); 1956 Bundesfachschule für Glasinstrumententechnik mit Schülern aus dem In- und Ausland (heute Berufsfachschule für Glastechnik, Glasapparatebauer, Leuchtröhrenglasbläser, Thermometermacher u.a.).

In der Folgezeit erreichten die Wertheimer Glasindustrie und die mit ihr verbundenen Betriebe trotz konjunktureller Schwankungen hohe Wachstumsraten. Auch heute ist sie mit etwa 100 Glas erzeugenden und verarbeitenden Betrieben, darunter Weltmarktführern, und rund 3.000 Arbeitsplätzen der bedeutendste Wirtschaftszweig in Wertheim.

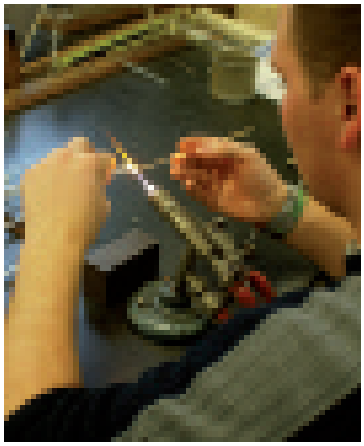
Unterlagen zu dieser Entwicklung befinden sich in der Überlieferung der Stadt- und Kreisverwaltung – doch von besonderer Bedeutung sind hier die Archive einzelner Firmen sowie der Vereine und Institutionen. Ein Firmenarchiv sowie das Archiv der Forschungsgemeinschaft Technisches Glas liegen bereits im Stadtarchiv. Weitere Kontakte sind geknüpft.

Monika Schaupp

3 | Thermometerbläser der Firma Amarell bei der Arbeit, damals – in den 1950er Jahren – noch in Wertheim-Hofgarten.
Vorlage: Amarell GmbH & Co. KG

4 | Junger Thermometerbläser der Firma Amarell 2008 bei der Arbeit: Auch wenn sich im Produktionsprozess seit den 1950er Jahren viel verändert hat, ist bei der Anfertigung von Präzisionsthermometern auch heute noch hochqualifiziertes handwerkliches Können gefordert. Die Firma Amarell befindet sich heute allerdings in Kreuzwertheim.
Vorlage: Amarell GmbH & Co. KG

3



4

1

2

1 | Ministerin Annemarie Griesinger.
Vorlage: HStAS EA 1/109 Bü 53 Nr. 2
Bildrechte: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

2 | Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger.
Vorlage: HStAS, EA 1/109 Bü 101 Nr. 1
Bildrechte: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

3 | Zeitungsartikel aus „Oslobođenje" über den Besuch von Landesministerin Annemarie Griesinger in Sarajevo, 01.11.1977.
Vorlage: Landesarchiv HStAS, EA 8/203 Bü 480

Besuch in Sarajevo

Baden-Württemberg und die Arbeitsmigration aus Jugoslawien in den ausgehenden 1970er Jahren

Unapređenje saradnje (Förderung der Zusammenarbeit) – unter diesem Titel berichtete die in Sarajevo erscheinende Tageszeitung *Oslobođenje* am 1. November 1977 über den Besuch der baden-württembergischen Sozialministerin Annemarie Griesinger in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina. Die Reise der Ministerin, die Gesprächen über Fragen der Arbeitsmigration diente, wurde in der bosnischen Presse sehr positiv gewürdigt. *Oslobođenje* stellte das Bemühen der deutschen und jugoslawischen Verhandlungspartner heraus, sozialpolitisch tragfähige Perspektiven für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Arbeitskräfte aus Bosnien-Herzegowina und ihre Familien zu entwickeln.

Reisen von baden-württembergischen Regierungsvertretern und Parlamentariern nach Jugoslawien waren in den 1970er Jahren keine Seltenheit. Die drängenden Probleme der Arbeitsmigration, die bis Oktober 1977 etwa 190.000 jugoslawische Staatsbürger in den deutschen Südwesten geführt hatte, erforderten eine intensive Abstimmung auf politischer Ebene.

Das positive Bild, das in der Zeitung *Oslobođenje* von den Gesprächen Griesingers in Bosnien gezeichnet wurde, lässt nicht erkennen, dass zwischen den Verhandlungspartnern in Sarajevo handfeste Interessengegensätze bestanden. Die Reise der deutschen Ministerin nach Jugoslawien im Herbst 1977 war in mancher Hinsicht eine heikle Mission. Dies lag maßgeblich an der Ausländerpolitik, die von der baden-württembergischen Landesregierung verfolgt wurde.

Ministerpräsident Hans Filbinger hatte seit 1973 verschiedene Konzepte propagiert, die zum Ziel hatten, die Zahl der Arbeitsmigranten im deutschen Südwesten zu reduzieren. Im Oktober 1973 vertrat er anlässlich eines Besuchs in Jugoslawien erstmals das sog. *Rotationsprinzip*. Dieses besagte, dass die Aufenthaltsdauer von *Gastarbeitern* auf drei Jahre beschränkt bleiben sollte. Seit 1975 förderte die Stuttgarter Regierung aktiv die Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer. Instrumente dieser Politik waren unter anderem Prämienzahlungen und berufliche Qualifizierungsangebote.

Die – in der deutschen Bevölkerung populäre – Ausländerpolitik der Regierung Filbinger stieß in der Praxis auf viele Schwierigkeiten. Häufig standen die Lebensumstände der Arbeitsmigranten einer raschen Rückkehr in die Heimat entgegen. Aber auch die Entscheidungsträger in den Herkunftsländern der Migranten betrachteten das *Rückkehrprinzip* aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen mit Skepsis. So hatte beispielsweise die Regierung in Sarajevo bereits im Vorfeld des erwähnten Besuches Griesingers deutlich gemacht, dass die Heimkehr größerer Gruppen von Arbeitskräften aus Bosnien-Herzegowina allenfalls mittelfristig möglich sei.

Aufgrund der zahlreichen Probleme führte die von Filbinger propagierte Politik der Rückkehrhilfen nicht zu den erhofften Erfolgen. Die Jugoslawien-Reise Annemarie Griesingers im Herbst 1977 vermochte daran nichts zu ändern. Sie blieb ohne durchschlagende Ergebnisse. Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass der 1978 gewählte Ministerpräsident Lothar Späth zu Beginn seiner Regierungszeit neue ausländerpolitische Akzente setzte. Späth ließ seit Ende Oktober 1978 ein Integrationskonzept für die zweite Ausländergeneration ausarbeiten. Allerdings blieb der politische Schwenk des jungen Ministerpräsidenten halbherzig. Im Jahr 1981 griff Späth die Politik der Rückkehrförderung wieder auf und setzte zudem eine Reihe von Maßnahmen in Kraft, die den Familiennachzug ausländischer Arbeitnehmer erschwerten.

Anita Barišić
Wolfgang Mährle

Milanko Renovica primio delegaciju Pokrajine Baden-Virtemberg

Unapređenje saradnje

Predsjednik Izvršnog vijeća Skupštine SR Bosne i Hercegovine Milanko Renovica primio je juče ministra za rad, zdravlje i socijalnu politiku Pokrajine Baden Virtemberg Anemari Grizingera.

U toku razgovora razmijenjena su mišljenja o dosadašnjoj saradnji, kao i mogućnostima povećanja saradnje u pogledu organizovanog povratka naših radnika privremeno zaposlenih u Pokrajini Baden Virtemberg i njihovog zapošljavanja u zemlji.

Juče je ministra za rad, zdravlje i socijalnu politiku Pokrajine Baden Virtemberg primio i republički sekretar za rad Alija Avdić. I ovom prilikom vođeni su razgovori o problematici socijalne zaštite, penzijskog i invalidskog osiguranja naših građana privremeno zaposlenih u Pokrajini Baden Virtemberg, školovanja njihove djece, kao i njihovog stručnog osposobljavanja. Istaknuta je obostrana spremnost za pojačanu saradnju između zajednica za zapošljavanje SR Bosne i Hercegovine i nadležnih ureda za rad Pokrajine Baden Virtemberg.

U razgovorima su učestvovali i generalni sekretar Zajednice penzijskog i invalidskog osiguranja Bosne i Hercegovine Nikola Kovačević, sekretar Saveza samoupravnih interesnih zajednica za zapošljavanje Bosne i Hercegovine Vinka Radišić, sekretar Saveza zajednica zdravstvenog osiguranja Bosne i Hercegovine Savo Radovanović, podsekretar u republičkom sekretarijatu za rad Ilija Logonja, a sa njemačke strane podsekretar u Ministarstvu za rad, zdravlje i socijalnu politiku dr Stajb.

U toku trodnevnog boravka u SR Bosni i Hercegovini Anemari Grizinger posjetiće Neum i Mostar.

1

1 | Gleisbauarbeiten in den fünfziger Jahren – ein beliebter Einsatzbereich für „Gastarbeiter" bei der Bundesbahn.
Vorlage: Landesarchiv StAL K 414 I Nr. 185 Abb. a

2 | Behelfsmäßige Unterkünfte beim Bahnbetriebswerk in Ulm, 1958.
Vorlage: Landesarchiv StAL K 410 I Nr. 667

3 | Plan für provisorische Unterkünfte für „Gastarbeiter" in der ehemaligen Schreinerei bei der Bahnmeisterei in Stuttgart-Feuerbach.
Vorlage: Landesarchiv StAL K 411 I Bü 1020

Vom Mezzogiorno ins Schwabenland

Lebenswelten von „Gastarbeitern" in den Akten der Deutschen Bundesbahn

2

3

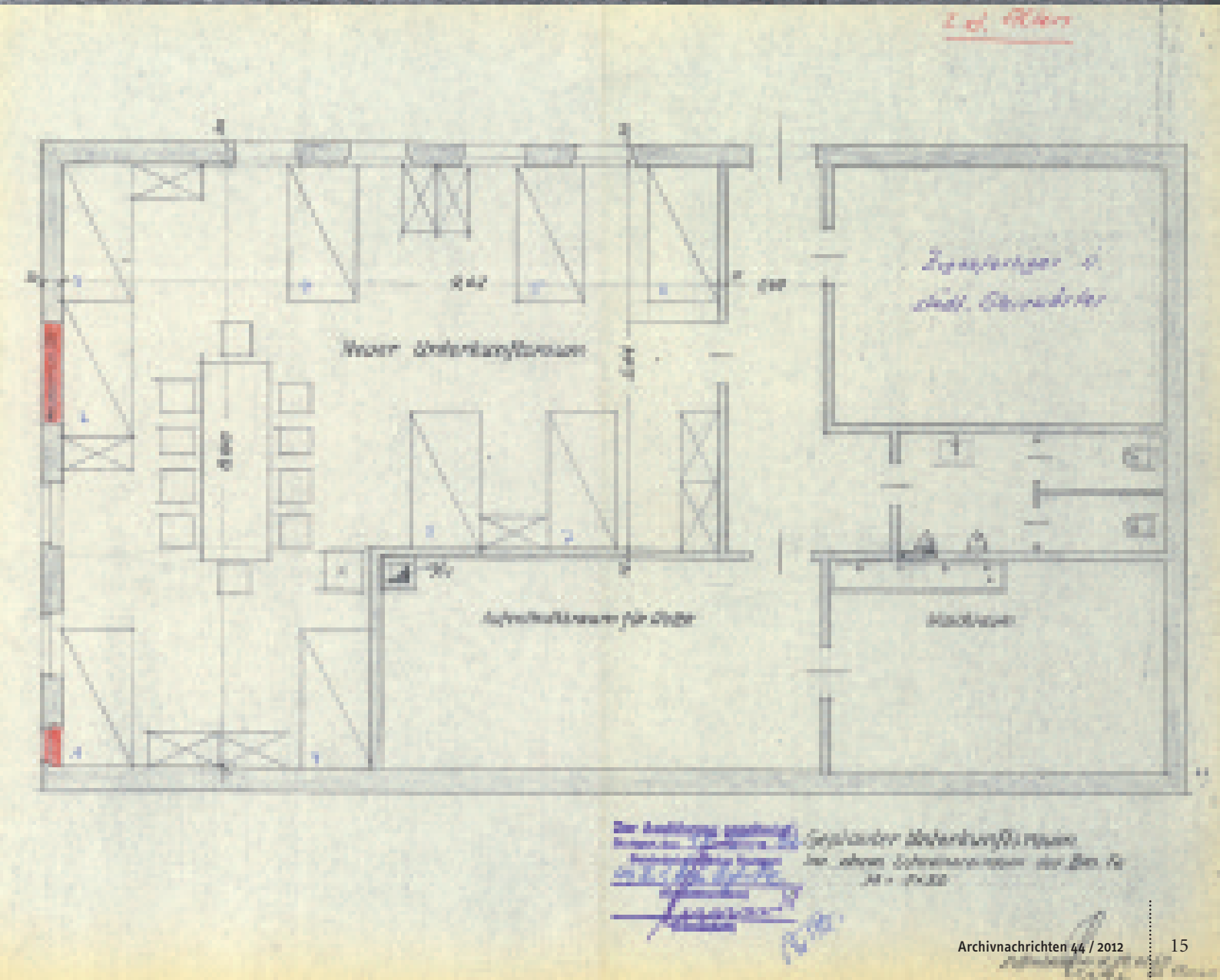
Dass das *Berühren der 15000 Volt Fahrleitung des elektrischen Zugbetriebs in den allermeisten Fällen tödlich ist*, wird heutzutage jedermann wissen. Auch dass man als Bahnmitarbeiter Gegenstände, die der Bahn gehören oder ihr zur Beförderung übergeben wurden, nicht vorübergehend mit nach Hause nehmen sollte, wird man niemandem erklären müssen. Ebenso wird jeder Arbeitnehmer wissen, dass man sich einen Urlaub genehmigen lassen muss und seinen Arbeitsplatz nicht einfach kurzfristig unter Verweis auf eine Nachricht der Familie verlassen kann, ohne sich dem Risiko auszusetzen, seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Den ausländischen Arbeitnehmern, die Anfang der sechziger Jahre als *Gastarbeiter* bei der Deutschen Bundesbahn angestellt wurden, war das aber offenbar nicht in jedem Fall bewusst. Dies belegen entsprechende Erklärungen, die von diesen unterzeichnet werden mussten und ihren Weg in die Personalakten gefunden haben. Diese unscheinbaren Papiere dokumentieren eindrücklich, wie groß die kulturellen Unterschiede zwischen der Heimat dieser Arbeitnehmer und dem Wirtschaftswunderland Deutschland waren, und was es bedeutete, wenn ein Sizilianer oder Südspanier vor mehr als 50 Jahren als Arbeiter nach Deutschland kam.

Begonnen hatte die Einwanderung von sog. *Gastarbeitern* nach Deutschland Mitte der fünfziger Jahre, nachdem die deutsche Regierung im Jahr 1955 ein Anwerbeabkommen mit Italien abgeschlossen hatte. Gedacht war zunächst nur an die Gewinnung von Saisonarbeitskräften für die Landwirtschaft, schon bald begannen aber auch Industriebetriebe oder Verkehrsunternehmen wie die *Deutsche Bahn* angesichts des Arbeitskräftemangels in Deutschland in immer größerem Umfang ausländische Arbeitnehmer einzustellen. Um den wachsenden Bedarf zu decken, wurden in den sechziger Jahren Anwerbeabkommen mit zahlreichen weiteren südeuropäischen Ländern geschlossen.

Wer im Landesarchiv nach Informationen über die Lebensumstände dieser ersten Gastarbeitergeneration sucht oder vielleicht auch Einzelschicksalen ausländischer Arbeitnehmer nachspüren möchte, wird am ehesten in der Akten der Bundesbahn fündig. Das Staatsarchiv Ludwigsburg verfügt über einen umfangreichen Bestand an Personalakten von Bahnbediensteten (Bestand K 410 III), in dem sich auch Unterlagen über ausländische Arbeiter erhalten haben. Diese waren vor allem im Gleisbau eingesetzt, als Wagenreiniger und Lagerarbeiter. Ihre Personalakten lassen erkennen, wie schwer die Umstellung für die zumeist jungen Männer war. Sie kamen aus nahezu vorindustriellen Verhältnissen und mussten sich nun fernab ihrer Familie mit den Spielregeln einer Industriegesellschaft zu arrangieren versuchen. Häufige Unterbrechungen der Arbeitsverhältnisse, Kündigungen und Versetzungswünsche, aber auch mancher selbst verschuldete Arbeitsunfall belegen dies genauso wie die eingangs erwähnten Erklärungen. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse dieser ersten *Gastarbeiter* gewähren auch die Hochbaupläne der Bahn (Bestand K 412 IV), in denen zahlreiche Wohnheime behelfsmäßiger Art dokumentiert sind. Dass auch die Deutschen anfänglich Probleme mit ihren neuen Mitbürgern hatten, dafür finden sich wiederum manche Hinweise in der Überlieferung der Arbeitsverwaltung, die Maßnahmen zur Betreuung der *Gastarbeiter* koordinierte (z. B. Bestand K 326 – Arbeitsamt Stuttgart). Selbst die uns heute bestens vertraute italienische Küche musste man damals noch den Gastgebern der ausländischen Arbeitskräfte erklären. So dokumentieren die Archivalien auch, wie sehr sich Fremde und Einheimische – bei allen kulturellen Unterschieden – in den letzten fünfzig Jahren näher gekommen sind.

Peter Müller



Seitlicher Unterkunftsraum
im oberen Schreinerraum der Bau Fa
M 1:100

Fremdes Recht

Konfliktfälle mit NATO-Angehörigen

Im März 1971 erschien in zahlreichen deutschen Tageszeitungen eine aufsehenerregende Todesanzeige. Sie galt einem 16jährigen Mädchen, das in der Nähe von Ludwigsburg bei einem Verkehrsunfall getötet worden war. *Getötet hat sie ein Mitmensch – wir gaben ihm die Herrschaft über den Motor, erhöhten seine Körperkraft auf das Tausendfache, die Herrschaft über sich selbst jedoch war ihm nicht gegeben*. So formulierten die Eltern in der Todesanzeige ihren Schmerz und ihre Anklage.

Die Getötete saß im elterlichen Mercedes, der von einem Freund gesteuert wurde. Unweit von Ludwigsburg stieß der mit vier jungen Menschen besetzte Wagen mit einem *Plymouth Gold Duster* zusammen. Der Fahrer des amerikanischen Autos, ein junger Soldat, hatte wegen weit überhöhter Geschwindigkeit die Kontrolle über sein 340 PS starkes Fahrzeug verloren. Der Mercedes wurde völlig zerstört, die Insassen erheblich verletzt; das Mädchen starb in den folgenden Stunden. Der amerikanische Soldat wurde nur leicht verletzt; er hatte zum Unfallzeitpunkt einen Blutalkoholgehalt von über 1,5 Promille.

Wie bei jedem tödlichen Verkehrsunfall entstand auch über diesen eine Akte bei der zuständigen Staatsanwaltschaft. Verhandelt wurde der Fall allerdings vor keinem deutschen Gericht. Aufgrund des *NATO-Truppenstatuts* überließ die deutsche Justiz die Rechtsprechung in solchen Fällen im Regelfall den Militärgerichten der stationierten Streitkräfte. Und so musste sich der amerikanische Fahrer nicht in Stuttgart, sondern vor einem amerikanischen Militärgericht verantworten. Dessen Entscheidung löste bei den Eltern Entsetzen aus. Auch die Stuttgarter Staatsanwälte bezweifelten, dass die Abgabe eines solchen Verfahrens an die US-Justiz gerechtfertigt war. Der Militärrichter verhandelte nach amerikanischem Militärstrafrecht: Fahrlässige Körperverletzung war danach nicht generell strafbar, geahndet wurde lediglich Trunkenheit am Steuer. Der junge Soldat kam so mit einer Bewährungsstrafe von einem Monat davon. Wieder gingen die Eltern an die Öffentlichkeit: Sie stellten an der Unfallstelle ein Kreuz auf und prangerten auf diesem neben dem Fahrer dessen Richter und vor allem den Staat an, der fremdem Militärrecht seinen Lauf gelassen habe.

Der hier geschilderte Fall ist nur einer von vielen, die in den letzten Jahren von der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Archivierung übernommen wurden. Konflikte von NATO-Truppenangehörigen mit dem deutschen Recht beleuchten das nicht immer einfache Miteinander und einen Teil der Lebenswirklichkeit der meist jungen Amerikaner, die hier stationiert waren. Sie zeigen auch, was es bedeutete, wenn zwei Rechtskulturen aufeinanderstießen. Aus diesem Grund werden Akten von Ermittlungen, von denen Angehörige ausländischer Streitkräfte betroffen waren, im Allgemeinen ins Archiv übernommen.

Im Falle des getöteten Mädchens sprach übrigens noch ein weiterer Gesichtspunkt dafür, die Akte der Nachwelt zu erhalten. Bis heute ist in Deutschland die Wahrscheinlichkeit, einem tödlichen Verkehrsunfall zum Opfer zu fallen, deutlich höher als die Gefahr, Opfer eines kriminellen Tötungsdelikts zu werden. Der Vater der Toten forderte den Staat auf, präventiv gegen Raser und *Mörder am Steuer* vorzugehen; auch 40 Jahre später hat das Thema nichts von seiner Aktualität verloren.

ELKE KOCH

Haus des rumänischen Kulturzentrums, Uhlandstraße 7.
Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 37329h

Prof. Virgil Mihailescu in der Bibliothek des Rumänischen Kulturzentrums, 1972.
Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 37332b

Rumänische Bibliothek, Mercystraße 1964.
Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 33869c

Vom „Bollwerk gegen den Kommunismus“ zum europäischen Brückenbauer

Die Rumänische Bibliothek in Freiburg

Am Ende des 2. Weltkriegs flohen Hunderttausende vor den anrückenden sowjetischen Truppen nach Westen. Ihnen sollten in Ausführung der Potsdamer Konferenzbeschlüsse ab 1946 bald Millionen nachfolgen, die systematisch aus den deutschen Ostgebieten, aber auch aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden.
In diesem Millionenheer von Flüchtlingen und Vertriebenen befand sich auch eine nach Zahl zwar geringe, in ihrer Bedeutung jedoch gewichtige Gruppe politischer Emigranten, überwiegend Intellektuelle, Wissenschaftler und Literaten, die sich mit der *Sowjetisierung* ihrer Staaten östlich des *Eisernen Vorhangs* und der damit einhergehenden Unterdrückung nicht abfinden konnten. Ihr Ziel war nicht die Integration in die Aufnahmegesellschaft, sondern die Rückkehr nach Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland. Eine wesentliche Bedingung ihres Exildaseins war die kulturelle Kommunikation untereinander wie auch nach außen, was nicht nur der Identität stiftenden Selbstvergewisserung diente, sondern als eine in die Heimat gerichtete politische Manifestation verstanden wurde. Dies war auch der Fall bei den rumänischen Exilanten, die sich in Deutschland niederließen. Zu einem ihrer Hauptorte wurde nach 1947 Freiburg, wo sich um den ehemals an der rumänischen *Akademie der Wissenschaften* als Bibliothekar tätigen Virgil Mihailescu ein Zirkel mit dem Anspruch zusammenfand, die *wahre Stimme* Rumäniens zu erheben, die wegen der Unterdrückung der Freiheit im Lande selbst nicht zu Wort kam. Zum 1. Mai 1949 wurde durch ihn *als Heimstätte rumänischer Kultur* die *Rumänische Bibliothek Freiburg* gegründet, die sich anfänglich ausschließlich aus Spenden ihrer Mitglieder finanzierte. Mit der Umwandlung in einen Verein und angesichts auch der politischen Dimension der Bibliothek als *Bollwerk gegen den Kommunismus* (Badische Volkszeitung v. 23.3.1966) erhielt die *Rumänische Bibliothek* in den Folgejahren regelmäßige Zuschüsse aus Kulturfördermitteln von Bund und Land. Damit konnten nicht nur jährliche Tagungen zu kulturellen, geschichtlichen und literarischen Problemen Rumäniens finanziert, sondern auch die Bibliothek selbst erheblich ausgebaut werden. Schon Mitte der 60er-Jahre beherbergte sie mit über 30.000 Medieneinheiten die wohl größte Sammlung an rumänischen Periodika und Publikationen des Exils außerhalb des *Warschauer Paktes*. Mit der 1959 erfolgten Gründung des *Rumänischen Forschungsinstituts* in Freiburg (*Institutul Roman de Cercetari din Freiburg*) und dem 1972 erfolgten Umzug in die Uhlandstraße 7 unter gleichzeitiger Benennung des Hauses als *Rumänisches Kulturzentrum* konnte die rumänische Bibliothek ihre Position als unverzichtbare Informationsquelle für die rumänische Exilforschung weiter stärken. Auch nach den revolutionären Umwälzungen vom Dezember 1989 in Rumänien blieb diese Funktion bestehen, ergänzt nun durch eine neue Vermittlerrolle als kultureller Brückenbauer zwischen Rumänien und Deutschland. Auch wenn die Zukunft der Rumänischen Bibliothek institutionell wie finanziell gefährdet erscheint, bleibt sie ein besonderer Erinnerungsort für die rumänische Emigration nach dem 2. Weltkrieg im Allgemeinen wie für die deutsch-rumänischen Kulturbeziehungen in Zeiten des *Kalten Krieges* im Besonderen.

Kurt Hochstuhl

Aus der Überlieferung des Regierungspräsidiums Freiburg, das Aufsichtsbehörde über die Mittelverwendung für die Rumänische Bibliothek ist, lassen sich die Aktivitäten der rumänischen Bibliothek und des rumänischen Kulturzentrums Freiburg rekonstruieren. Zudem hat der rumänisch-deutsche Fotograf Willy Pragher die Gruppe der rumänischen Exilanten in Freiburg mit seiner Kamera begleitet.

STADT CALW

Fremde in der Stadt: Die Stadtverwaltung Calw informiert den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung über die ortsanwesenden Ausländer und Asylbewerber (1987).
Vorlage: Stadtarchiv Calw

Fremde in Baden-Württemberg seit 1945

Zur Quellenlage in Kommunalarchiven

In Bezug auf die *Fremden*, die nach 1945 nach Baden-Württemberg kamen, waren die Gemeinden häufig staatlichen Weisungen unterworfen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Quellenlage in den Kommunalarchiven.

Besonders deutlich wird dies bei der größten Gruppe von Fremden, die nach 1945 im deutschen Südwesten aufgenommen wurde: Den Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. Bei der Aufgabe, Millionen von Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen, mussten die Gemeinden ihre eigenen Interessen meist hintanstellen. Sie hatten die Weisungen der staatlichen Flüchtlingsverwaltung umzusetzen, die wiederum an das Integrationsgebot der Siegermächte gebunden war.

Diese Stellung der Kommunen als weisungsgebundene Ausführende spiegelt sich in der Gleichförmigkeit der Quellen zur Geschichte der Vertriebenen: Die Gemeindeverwaltungen nahmen Anträge auf Soforthilfe und Lastenausgleich entgegen, registrierten aus anderen Bundesländern umgesiedelte Vertriebene und stellten Flüchtlings-Ausweise aus. Sie produzierten massenhaft gleichförmiges Verwaltungsschriftgut.

Ein großer Teil dieser Quellen ist daher eher statistischer Natur und sagt wenig aus über konkrete Lebensverhältnisse der *Fremden* oder über Spannungen mit den Einheimischen. Dennoch bieten die Kommunalarchive die grundlegenden Daten und lassen die Bandbreite der Probleme, die die Versorgung und Integration einer so großen Zahl von *Neubürgern* hervorrief, erkennen.

Fast gegensätzlich zeigt sich die kommunale Quellenlage bei einer weiteren Gruppe von Fremden: Den seit den späten 1950er Jahren verstärkt ins Land kommenden Arbeitsimmigranten, den *Gastarbeitern*. Zu ihnen gibt es – zumindest für die erste Phase nach ihrer Ankunft – kaum Unterlagen in den Kommunalarchiven. Das liegt in erster Linie daran, dass die von der Bundesregierung abgeschlossenen Anwerbeabkommen nur einen zeitlich begrenzten Aufenthalt der ausländischen Arbeitskräfte vorsahen. Langfristige Integration war nicht das Ziel.

Im Großen und Ganzen hielten die Gemeindeverwaltungen die *Gastarbeiter* – rechtlich korrekt – daher für eine vorübergehende Erscheinung, um die man sich nicht umfassend zu kümmern brauchte. Erst als sich in der deutschen Bevölkerung Kritik an den Lebensbedingungen und der Isolierung der Gastarbeiter regte, erhielten diese Fremden auch mehr kommunalpolitische Aufmerksamkeit. Zahlreiche Initiativen zur Einbindung der Gastarbeiter in die deutsche Gesellschaft gingen allerdings von

1

2

1 | Schwierige Integration: Vertriebene Katholiken besuchen in Illingen (Enzkreis) eine „Fahrende Kirche“ (Anfang der 1950er Jahre).
Vorlage: Privatbesitz

2 | Typisches, in Selbsthilfe erstelltes Wohnhaus einer Vertriebenen-Familie in Illingen (Enzkreis, 1951).
Vorlage: Privatbesitz

privater oder kirchlicher Seite aus und fanden so kaum Niederschlag in den Kommunalarchiven.

Seit der Mitte der 1980er Jahre trat eine weitere Gruppe von Fremden verstärkt ins Bewusstsein der Bevölkerung: Die Asylbewerber, die aufgrund weltpolitischer Verwerfungen verstärkt nach Deutschland kamen. Die schriftlichen Unterlagen zu diesem damals kontrovers diskutierten Problem sind zumeist noch nicht bewertet oder gar archiviert. Sie sind – da häufig personenbezogen – wohl auch auf längere Sicht für die Nutzung gesperrt.

Die von weiten Teilen der Bevölkerung als bedrohlich empfundene *Asylantenschwemme* (dieser Begriff findet sich so im *Boorberg-Aktenplan für die Gemeinden*) war aus Sicht der Kommunen insofern mit der Integration der Vertriebenen vergleichbar, als auch hier wieder staatliche Vorgaben zu erfüllen waren mit dem entsprechenden Schriftgutanfall.

Konkret wurden den Kommunen *Kontingente* zugewiesen, die in improvisierten Sammelunterkünften untergebracht werden mussten. Dies geschah häufig unter heftigstem Protest der ängstlichen Bevölkerung, der auch aktenkundig wurde.

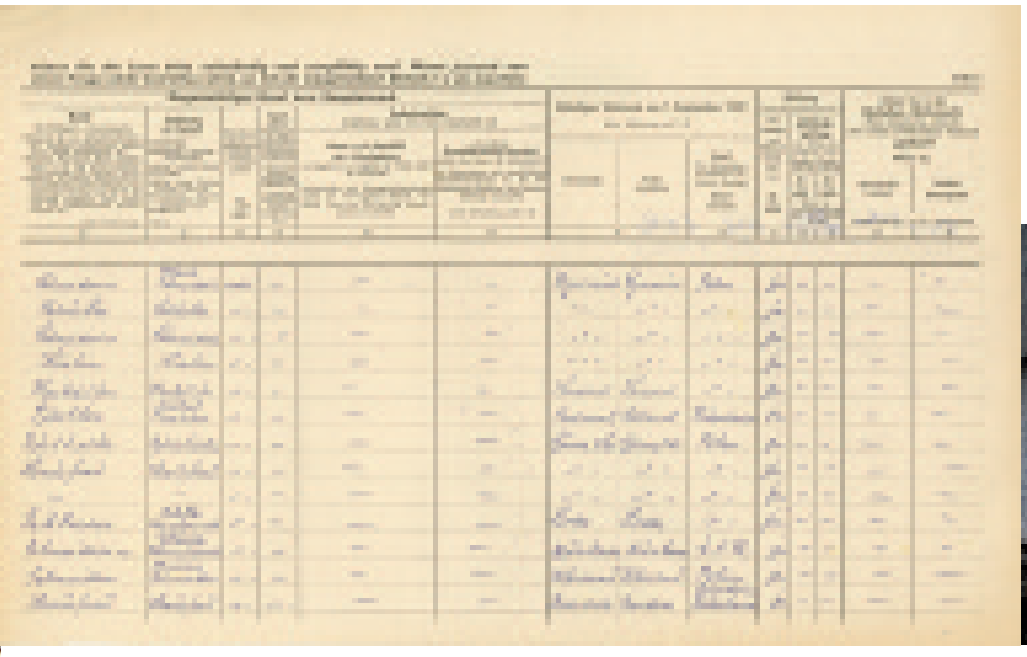
Diese drei Beispiele mögen verdeutlichen, dass die kommunale Quellenlage zur Immigration in Baden-Württemberg ambivalent ist. Sie ist dort umfangreich – aber oft inhaltsarm – wo staatliche Weisungen umzusetzen waren; sie fehlt zum Teil fast völlig, wenn diese Vorgaben nicht existierten und wurde erst dann dichter, wenn Kommunalverwaltungen auf öffentlichen Druck reagieren mussten.

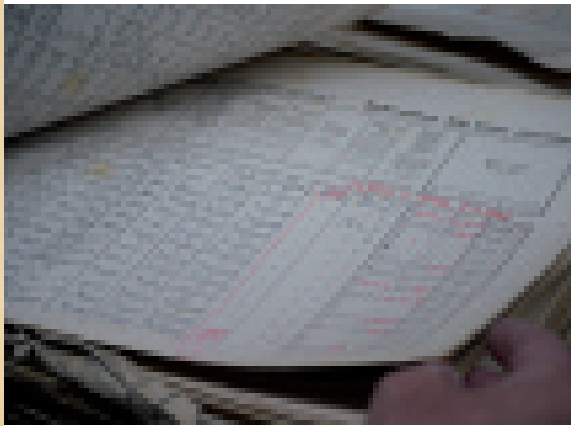
Karl J. Mayer

Wo Fremde und Einheimische wohnen

Die Bedeutung statistischer Unterlagen für die Migrationsgeschichte

Akten der Volkszählung 1950 im Magazin des Staatsarchivs Ludwigsburg.
Aufnahme: Landesarchiv StAL





Haushaltsbögen eines Lagers für „displaced persons“ aus der Volkszählung 1946.
Vorlage: Landesarchiv StAL

In den Jahrzehnten seit dem letzten Weltkrieg hat sich die Bevölkerungszusammensetzung in Deutschland durch den Zuzug von Gastarbeitern, Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern stark verändert. Das Miteinander von Fremden und Einheimischen gehört heute zum Alltag in praktisch allen Gemeinden.

Wer genauer studieren will, wie sich der Anteil von Migranten in einzelnen Regionen oder Kommunen im Verlauf des 20. Jahrhunderts verändert hat, findet entsprechende Informationen in der Überlieferung des Statistischen Landesamts. Im Staatsarchiv Ludwigsburg kann er beispielsweise auf die lokalen Ausländerstatistiken aus den ersten Nachkriegsjahrzehnten (vgl. Bestand E 258 VII) zurückgreifen. Sie weisen Jahr für Jahr Anzahl und Herkunft der Ausländer in jeder Gemeinde des Landes nach.

Noch detailliertere Informationen darüber, wo genau und unter welchen Umständen Migranten in den verschiedenen Gemeinden gewohnt haben und welchen Beschäftigungen sie nachgegangen sind, enthalten die Volkszählungsunterlagen in den vier Archiven in Freiburg, Karlsruhe, Ludwigsburg und Sigmaringen und hier insbesondere die Haushaltsbögen, in denen die Angehörigen jedes Haushalts mit zahlreichen Merkmalen aufgelistet sind. Allerdings unterliegen diese Unterlagen dem Statistikgeheimnis und damit einer 60-jährigen Sperrfrist, die auch für wissenschaftliche Forschungsvorhaben nicht verkürzt werden kann. Diese Sperrfrist ist für die ersten beiden Zählungen in der Nachkriegszeit in den Jahren 1946 und 1950, die sich im Landesarchiv Baden-Württemberg weitgehend erhalten hat, allerdings zwischenzeitlich abgelaufen. Die beiden Zählungen entstanden zwar bevor der Zuzug von Gastarbeitern einsetzte. Mit ihrer Hilfe lässt sich aber beispielsweise feststellen, wo genau die zahlreichen Vertriebenen und Flüchtlinge ihren Wohnsitz hatten. In der ersten Nachkriegszählung wurden überdies in separaten Listen die damals noch im Lande befindlichen sog. *displaced persons*, vor allem ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, erfasst.

Leider ist dieser umfangreiche Überlieferungskomplex nur sehr schwer benutzbar. Die Erfassungsbögen sind unförmig und in großen, nach Orten und Zählbezirken sortierten Paketen verpackt. Vielfach liegen auch noch keine oder nur sehr grobe Erschließungshilfsmittel vor. Das größte Problem für die Benutzbarkeit dieser Akten bleibt aber ihr bedenklicher Erhaltungszustand, denn für die Erhebungsbögen wurde nur stark säurehaltiges Papier der allerschlechtesten Qualität verwendet. Zwischenzeitlich sind diese überformatigen Unterlagen so brüchig, dass sie Benutzern kaum mehr im Original vorgelegt werden können. Das Landesarchiv bemüht sich deshalb seit einiger Zeit, zumindest einen Teil der Akten – nach einem vom Statistischen Landesamt entwickelten Schlüssel – zu verfilmen, um auf diesem Weg die Unterlagen für einige repräsentative Gemeinden langfristig zu sichern. Die Erfassung der im Staatsarchiv Ludwigsburg lagernden Pakete mit Haushaltsbögen der Zählung aus dem Jahr 1950 ist zwischenzeitlich abgeschlossen, so dass mit der Verfilmung in Kürze begonnen werden kann. Dann werden sich langfristig zumindest ausschnitthaft die Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung bis in einzelne Straßenzüge hinein verfolgen lassen.

Peter Müller

Nachbau einer Ulmer Schachtel (Projekttage der Glemstal-Grundschule Unterriexingen 2010). Foto: Landesarchiv StAL

Archiv für alle

Schülerprogramme zur Migration im Staatsarchiv Ludwigsburg

Habt ihr auch etwas über mich? Eigentlich ist es ein gutes Zeichen, wenn bei Archivführungen für Schulklassen jemand diese Frage stellt. Spätestens jetzt ist eine entscheidende Botschaft bei den Schülern angekommen: Jeder Mensch hinterlässt Spuren und unter bestimmten Voraussetzungen kann man diese im Staatsarchiv finden. Will man junge Leute für das Archiv und für Quellenarbeit begeistern, eignet sich kaum ein Einstieg besser als der über die eigene Familiengeschichte. Allerdings muss man sich dann klar machen, dass diese Familiengeschichte bei gut der Hälfte der Schülerinnen und Schüler aus dem Großraum Stuttgart keine altwürttembergischen Traditionslinien mehr hat, sondern irgendwo in Anatolien, Kasachstan oder an sonst einem Ort verwurzelt ist, der weit vom heutigen Zuständigkeitsgebiet des Archivs entfernt liegt.

Die Herausforderung für die Bildungsarbeit der Archive lautet also, eine schülergerechte Einführung ins Archiv zu finden, die gerade auch junge Leute mit nichtdeutschem Hintergrund anspricht. Das Staatsarchiv Ludwigsburg hat zwei Module im Angebot, die diesen Versuch wagen. Das Schülerprogramm *Kommen und Gehen – Migration früher und heute* beginnt ganz harmlos mit dem, was jeder Schüler heute kennt, mit Döner, Pizza und Spaghetti. Das alles ist uns zugewandert und schon sind wir mitten im Thema. Wanderungsbewegungen gab es in der Geschichte immer wieder und gibt es bis heute: Die Menschen flüchten vor Armut, vor Krieg, vor Unterdrückung, vor Hunger. Nicht selten können die Schüler aus ihrer eigenen Familiengeschichte erschreckend Anschauliches dazu berichten. Dass auch hier bei uns, in unserem reichen Bundesland Baden-Württemberg, viele Menschen vor nicht einmal 200 Jahren so arm waren, dass sie auswanderten, ist für die meisten neu. Welche Folgen das Hungerjahr 1816/17 hatte, wird für jeden allein an dem dicken Stapel der Auswanderungsgesuche anschaulich, die aus diesem Jahr für jeden Ort überliefert sind. Je nach Alter und Kenntnisstand der Klasse können die Ursachen und Hintergründe der südwestdeutschen Auswanderung, die Abhängigkeit von der Landwirtschaft, die Auswirkungen der Realteilung, die sozialgeschichtlichen und klimatischen Hintergründe thematisiert werden. Die Schwierigkeiten der Auswanderung und der oft schwere Neuanfang in der Fremde werden in zahlreichen Archivalien geschildert, die – mit etwas Unterstützung – von den Schülerinnen und Schülern bearbeitet werden können.

Viel einfacher hat es da *Archivmaus Archi* im Programm *Auswandern mit der Archivmaus*. *Archi* ist neugierig, welche Geschichte sich hinter dem alten Koffer verbirgt, den er auf dem Dachboden gefunden hat. Dass dieser einstmals einer Familie Aufrecht gehörte, die 1816 von Marbach nach Kaukasien auswanderte, finden die Grundschüler, für die dieses Modul gedacht ist, mit *Archi* zusammen heraus. Natürlich erfahren auch die Grundschüler dabei viel über die historische Auswanderung. Nicht auszuschließen, dass eines Tages ein deutschrussischer Nachkomme von Familie Aufrecht unter unseren Schülern sein wird und erstaunt feststellt: *Ihr habt ja auch was über meine Familie.*

Elke Koch

Mehr zu den archivpädagogischen Programmen im Staatsarchiv Ludwigsburg unter: http://www.landesarchiv-bw.de/web/46839

Große Projekte, neue Aufgaben und mittelfristige Programme

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg für 2011

Das Jahr 2011 war im Wesentlichen von drei Entwicklungen geprägt: Zum einen wurden mit dem landeskundlichen Informationsportal *LEO-BW – Landeskunde erleben online* und dem *Grundbuchzentralarchiv* zwei große Projekte vorbereitet, die ab 2012 dauerhaft in neue Aufgaben einmünden werden. Zum anderen wurde für die *Archivierung genuin digitaler Unterlagen* das *Digitale Landesarchiv* weiter ausgebaut. Und drittens hat das Landesarchiv wiederum seine mittelfristigen Programme umgesetzt, deren Zielsetzungen es seit Jahren konsequent verfolgt.

Beginnen wir mit dem letzten Punkt: Um Rückstände in der Erschließung und Erhaltung von Archivgut systematisch abzubauen, wurde der Anteil der verzeichneten und konservatorisch behandelten Bestände wiederum deutlich erhöht. Wie aus der nebenstehenden Statistik ersichtlich, stehen 1.301 Regalmetern, die das Landesarchiv 2011 neu übernommen hat, 2.777 fachgerecht verpackte Regalmeter gegenüber. In noch stärkerem Maße konnte bei der Erschließung *aufgeholt* werden: 6.934 Regalmeter Archivgut wurden erstmals in elektronischen Findmitteln zugänglich gemacht. So konnte wieder das Ziel erreicht werden, den Anteil der im Netz aufrufbaren Findmittel zu erhöhen. Der deutliche Sprung von 40,5 % (Ende 2010) auf 46 % (Ende 2011) war dank eines Förderprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft möglich.

Das *Digitale Landesarchiv* konnte personell aufgestockt werden; dafür standen 2011 zwei der acht Stellen zur Verfügung, die bis 2015 schrittweise zu besetzen sind. Der Regelbetrieb nimmt damit Gestalt an. Die Übernahme genuin digitaler Unterlagen hat sich mehr als verdoppelt; die Zahl der archivierten Datensätze stieg um 100,8 Mio. auf 179 Mio. Die auf diesem Feld mit dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden seit 2009 praktizierte Zusammenarbeit führte – da die Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns ebenfalls an einer Kooperation interessiert war – zu einer Entwicklungspartnerschaft, über die Anfang 2012 eine vertragliche Vereinbarung geschlossen wurde. Großes Interesse an einer Zusammenarbeit bei der Archivierung digitaler Unterlagen besteht auch seitens kommunaler Archive; hier wurden erste Gespräche geführt und Konzepte angedacht.

Besonders in Anspruch genommen waren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Einrichtung des *Grundbuchzentralarchivs*, das Anfang 2012 seine Arbeit aufgenommen hat, sowie von der Entwicklung des vernetzten landeskundlichen Informationsportals *LEO BW – Landeskunde erleben online*, das zum 60. Geburtstag des Südweststaats 2012 als zentrale Rechercheplattform für alle landes- und ortsgeschichtlich Interessierte freigeschaltet wird. In beiden Arbeitsfeldern, die künftig dauernd wahrzunehmen sein werden, zeichnen sich Tendenzen ab, von denen die Zukunft des Landesarchivs bestimmt sein wird: Steht *LEO-BW* für die vernetzte Bereitstellung des kulturellen Erbes in der digitalen Welt, so wird mit der Einrichtung des *Grundbuchzentralarchivs* die Funktion des Landesarchivs als Dienstleiter und Partner der Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund offenkundig. Beide Linien sind vom Landesarchiv weiter zu verstärken.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr 2011 in Fortführung langjähriger Aktivitäten die Notfallvorsorge. Systematisch wurde auf der Grundlage einer neuen Empfehlung des Bestandserhaltungsausschusses der *Archivreferentenkonferenz* für alle Standorte eine Risikoanalyse erstellt. Das Ludwigsburger *Institut für die Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut* wirkte u. a. beim *Südwestdeutschen Archivtag* mit, der diesem wichtigen Thema gewidmet war. Am Standort Karlsruhe hat sich das Landesarchiv in einen neu gegründeten Notfallverbund eingebracht.

Die Kundenorientierung des Landesarchivs spiegelt sich besonders in der kontinuierlichen Bereitstellung von Informationen und Digitalisaten im Internet wider (die steigenden Zugriffszahlen sprechen hier für sich); sie wird aber auch am neuen Angebot des Selbstbedienungsscanners deutlich, der 2011 in allen Lesesälen zur Verfügung gestellt, von den Nutzern gut angenommen wurde und bundesweit in den Archiven auf großes Interesse stieß.

Vor allem aber hat sich die Infrastruktur des Landesarchivs in Karlsruhe einschneidend verändert: Im Herbst konnte der Erweiterungsbau des Generallandesarchivs bezogen und eingeweiht werden – mit schon lange benötigten Magazinflächen und Räumen, die für die Nutzung sowie für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort verbesserte Möglichkeiten schaffen. So konnte das Generallandesarchiv in den eigenen Räumen

zum Jahresende eine Ausstellung zeigen: *Der aufgeklärte Fürst. Karl Friedrich von Baden (1828–1811)*.

Das Landesarchiv hat an seinen verschiedenen Standorten mit vielfältigen Präsentationen und Veranstaltungen, Publikationen und online-Angeboten den Auftrag erfüllt hat, Archivgut und Geschichte zu vermitteln. Nicht unerwähnt soll der *immerwährende Jahresbegleiter* bleiben, der im Blick auf das Landesjubiläum 2012 als Gemeinschaftswerk aller Abteilungen produziert wurde.

Zu dieser Bilanz ist jedoch hervorzuheben: All dies konnte nur durch den besonders engagierten Arbeitseinsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet werden. Dass diese hochmotiviert sind, hat auch der Rechnungshof Baden-Württemberg ihnen bescheinigt, der 2011 seine Prüfung abschloss und darin feststellte, dass beim Stammpersonal keine Einsparmaßnahmen mehr möglich sind. 2011 war das erste Jahr seit der Verwaltungsstruktur-Reform von 2005, in dem das Landesarchiv Baden-Württemberg frei werdende Stellen wiederbesetzen konnte. Aber es muss auch deutlich gesagt werden: Weitere Sparmaßnahmen, die über die bereits erbrachten 20 Prozent Personalabbau hinausgehen, können ohne deutliche Einschränkungen bei den Leistungen nicht erbracht werden. Dies verlangt auch die Personalfürsorge: Die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss wieder auf das Normalmaß zurückgeführt werden.

Dass der Rechnungshof die Schaffung eines Archivverbunds am Standort Freiburg empfohlen hat, wird begrüßt; hierfür muss in den nächsten Jahren als Voraussetzung der schon lange geplante Neubau geschaffen werden.

Ganz herzlich gedankt sei zum Schluss noch einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Kreativität. In gleiche Weise sei aber auch allen Ansprechpartnern im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, von denen das Landesarchiv in seiner Arbeit Unterstützung und Förderung erfahren hat, ein herzlicher Dank ausgesprochen.

Robert Kretzschmar

Das Landesarchiv in Zahlen

Das Wesentliche auf einen Blick	
Gesamtumfang des Archivguts am 31. Dezember 2011 (in Regalmetern)	144 842
Urkunden (Stück)	311 492
Karten, Pläne (Stück)	349 193
Bilder (Stück)	1 127 247
Gespeicherte elektronische Unterlagen (Datensätze)	179 Mio
Auslastung der Magazine (in Prozent)	94,1
Zu betreuende Registraturen	2654
Erschlossenes Archivgut (Findmittel leicht zugänglich, in Prozent)	88,1
In online verfügbaren Findmitteln erschlossenes Archivgut (in Prozent des Gesamtumfangs)	46
Digitalisate von Archivgut im Internet (Images)	1 165 990
Zahl der Stellen im Haushaltsplan (inkl. Vorbereitungsdienst)	169

Unsere Leistungen im Jahr 2011	
Nutzungen	11 342
Vorgelegte Archivalien	62 069
Abgegebene Reproduktionen	360 769
Schriftliche Auskünfte der Archivabteilungen	7159
Online-Zugriffe auf Informationsangebote (in Millionen)	44,16
davon Zugriffe auf Findmittelseiten (in Millionen)	33,91
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Regalmetern)	1301
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Regalmetern)	2777
Erschlossenes Archivgut (in Regalmetern)	6934
Ausstellungen und Präsentationen	21
Besucher bei Ausstellungen und Präsentationen	41 845
Führungen	496
Geführte Personen	17 047
davon Schülerinnen und Schüler	3206

Der vollständige Jahresbericht mit den ausführlichen Berichten der einzelnen Abteilungen und weiteren statistischen Daten findet sich auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) unter „Das Landesarchiv –> Jahresberichte“.

Von links: Ministerialdirektor Dr. Adalbert Weiß (Bayern), Ministerialdirigentin Irene Bauerfeind-Rossmann (Hessen), Staatssekretär Jürgen Walter (Baden-Württemberg), Dr. Margit Ksoll-Marcon (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), Prof. Dr. Robert Kretzschmar (Landesarchiv Baden-Württemberg), Prof. Dr. Klaus Eiler (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden).
Aufnahme: Landesarchiv HStAS

Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Das Archivierungssystem DIMAG wird künftig von Baden-Württemberg, Hessen und Bayern gemeinsam weiterentwickelt

Von 2006 bis 2009 hat das Landesarchiv Baden-Württemberg mit dem *Digitalen Magazin DIMAG* eine Software zur Archivierung von digitalen Unterlagen entwickelt, was vom Land Baden-Württemberg mit 650.000 € gefördert wurde. Viele Archive haben Bedarf an einem derartigen System, die Weiterentwicklung einer solchen Software ist für ein einzelnes Archiv jedoch sehr aufwändig. Das Landesarchiv hat daher bereits 2009 *DIMAG* den anderen staatlichen Archivverwaltungen zur Nachnutzung angeboten. Zunächst wanderte die Software nach Hessen, dann nach Bayern. Am 22. Februar 2012 haben nun Prof. Dr. Robert Kretzschmar für das Landesarchiv Baden-Württemberg, Prof. Dr. Klaus Eiler für das Hessische Hauptstaatsarchiv und Dr. Margit Ksoll-Marcon für die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns mit ihrer Unterschrift die Kooperation besiegelt. Beteiligt waren auch Vertreter der Ministerien aus den drei Ländern.

Während das Landesarchiv Baden-Württemberg vor allem das Kernmodul weiter-entwickeln wird, werden die Partner aus Hessen ein Modul für die Übernahme der digitalen Unterlagen und die bayerischen Kollegen ein Modul zu deren Nutzung einbringen. Unter dem Strich profitieren alle Partner, indem sie die Entwicklungskosten teilen und ihre archivfachlichen Strategien bei der digitalen Archivierung abstimmen können. Die Kooperation steht weiteren Interessenten insbesondere im staatlichen und kommunalen Archivwesen offen.

Christian Keitel

LEO-BW – Landeskunde entdecken online

LEO-BW ist ein landeskundliches Informationssystem für Baden-Württemberg. Koordiniert durch das Landesarchiv und inhaltlich getragen von zahlreichen namhaften Institutionen bündelt es Informationen über Geschichte und Gegenwart, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft Baden-Württembergs. Die beteiligten Institutionen (Übersicht unter www.landesarchiv-bw.de/web/50999) bürgen dabei für die Seriosität und Attraktivität des Angebots.

LEO-BW bietet umfassende Recherchemöglichkeiten. Zudem sind innerhalb des Portals alle Inhalte über eindeutige Bezüge zu Orten (Basis: die rund 27.000 Datensätze umfassende Ortsnormdatenbank des Landesarchivs Baden-Württemberg) und Personen (Basis: Identifikationsnummer der Deutschen Nationalbibliothek = PND-ID) vernetzt. Hervorzuheben ist das interaktive Kartenmodul. Es erlaubt eine räumliche Suche und eine Lokalisierung von Rechercheergebnissen. Mit einem Zugriff können in LEO-BW beispielsweise zu einem recherchierten Ort Basisinformationen aus dem Ortslexikon, aus Literatur, Archivbeständen, statistischen Daten, topographischen bzw. sachthematischen, modernen wie historischen Landkarten sowie Bildmaterial oder weitere Web-Ressourcen abgerufen werden. Auch biografische Informationen zu zahlreichen Persönlichkeiten Baden-Württembergs sind recherchierbar. Daneben gibt es Dokumente aus ganz verschiedenen Bereichen. Fotos, Karten und Videos finden sich ebenso wie digitalisierte Handschriften, Bücher und Urkunden sowie Hinweise auf Sehenswürdigkeiten, Museen und Gedenkstätten.

Das Landesarchiv selbst stellt folgende Inhalte bereit:

- *Ortslexikon* – erfasst mit rund 27.000 Datensätzen den gesamten historischen und aktuellen Siedlungsbestand des Landes
- *Klosterdatenbank* – kunst- und kulturhistorische Informationen zu mehr als 700 südwestdeutschen Klöstern
- *Auswanderung aus Südwestdeutschland* – über 300.000 Auswandererdaten, nach Orten recherchierbar
- *Württembergisches Urkundenbuch* – enthält über 6.500 digital erfasste Urkunden
- *Findmittel für Archivbestände* – herausgehobene Bestände aller Standorte des Landesarchivs, teilweise in digitalisierter Form.

Das Portal wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs und darüber hinaus an alle, die sich für das Land interessieren. Wissenschaftlich Forschende erhalten über das Informationssystem einen optimalen Zugang zu landeskundlichen Basisinformationen. Auch für den Schulunterricht bietet LEO-BW eine breite Palette von Materialien. Das Portal wird zum sechzigjährigen Jubiläum der Gründung des Südweststaats im April 2012 unter der Adresse www.leo-bw.de online gehen!

Sabine Holtz

http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de

http://www.landesarchiv-bw.de/web/52723

Endspurt zum Kultur- und Wissenschafts-portal für Deutschland

Die „Deutsche Digitale Bibliothek“ geht in diesem Jahr an den Start

Die Idee gibt es schon lange – jetzt wird ein großer Schritt zu ihrer Realisierung getan: Wie viel einfacher wäre es, wenn man nicht mehr auf den Webseiten der verschiedensten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen oder den unterschiedlichen, teils auf einzelne Regionen beschränkten Portalen von Archiven, Museen, Bibliotheken oder Universitäten recherchieren müsste …? An den Start geht in diesem Jahr ein Portal, das dies immer mehr ermöglichen will: Die *Deutsche Digitale Bibliothek* – die aber weit mehr beinhalten wird als *nur* Bibliotheksgut – soll nach und nach die Schätze aller Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen Deutschlands in digitalisierter Form und als digitale Erschließungsinformationen präsentieren.

Einige Jahre Vorlauf waren nötig, um das Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern und Kommunen politisch zu etablieren und die nötigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die fachliche und technische Realisierung begann dann Ende 2010, als sich 13 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen zu einem *Kompetenznetzwerk* konstituierten. Mitglieder des Kompetenzwerks sind unter anderem die Deutsche Nationalbibliothek, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und das Bibliotheksservicezentrum Baden-Württemberg. Hier werden entsprechende fachliche Konzepte entwickelt, die das *Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme* (IAIS) der *Fraunhofer-Gesellschaft* technisch umsetzt. Die Ergebnisse werden nun in die Hände von *FIZ Karlsruhe - Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur* übergeben, das mit dem dauerhaften Betrieb des Portals beauftragt wurde.

Die Archivsparte ist im *Kompetenznetzwerk* durch das Bundesarchiv und das Landesarchiv Baden-Württemberg vertreten. Das Landesarchiv bringt dabei seine zahlreichen Erfahrungen mit der Bereitstellung und Präsentation von Findbüchern und digitalisiertem Archivgut ein. Dabei engagiert es sich es in den Arbeitsgruppen, in der Projektsteuerungsgruppe und auch im Vorstand des Kompetenznetzwerks.

Der besondere Reiz der *Deutschen Digitalen Bibliothek*, die gleichzeitig auch nationaler Beitrag zum europäischen Kultur- und Wissenschaftsportal *Europeana* (http://www.europeana.eu/portal/) sein wird, liegt im direkten Zugang zu digitalen Kopien von Literatur, Fotos, Akten, Urkunden, Musikstücken, Filmen und vielem mehr. Vom heimischen Computer aus wie auch von unterwegs kann jeder interessierte Nutzer darauf zugreifen und infolge der Beteiligung der verschiedensten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen medien- und spartenübergreifende Entdeckungen machen. Für die gezielte fachliche Suche wird es entsprechende Funktionen geben, so dass die gesuchte Information übersichtlich präsentiert wird. Wo möglich, werden dabei die Inhalte semantisch angereichert und mit interessanten Querverweisen versehen. Aber auch wer einfach nur stöbern will, wird auf seine Kosten kommen und Kultur und Wissen unterhaltsam erleben.

Wolfgang Krauth

Weitere Informationen auf der Projektwebsite http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de und unter http://www.landesarchiv-bw.de/web/52723

Der Jahresbegleiter „365 Tage Baden-Württemberg“

Ein Blick in die Schatzkammer Landesarchiv

Die Geschichte unseres Landes sichtbar zu machen, ist eine zentrale Aufgabe des Landesarchivs Baden-Württemberg. Das in Archivmagazinen gesicherte kulturelle Erbe des deutschen Südwestens wird tagtäglich in den Lesesälen der Archive eingesehen, bei Führungen, in Ausstellungen und im Internet präsentiert und steht so allen Interessierten offen. Neue Wege betritt das Landesarchiv nun, um den Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der Archive die Betrachtung wichtiger Quellen zu ermöglichen.

Mit dem *Jahresbegleiter 365 Tage Baden-Württemberg* legt das Landesarchiv zum 60jährigen Landesjubiläum gemeinsam mit dem Belser-Verlag eine Auswahl aus seinen Schatzkammern vor. In diesem *Ewigen Kalender* werden historische Dokumente vom 8. Jahrhundert bis heute Tag für Tag durch Abbildungen und kurze Kommentare zum Sprechen gebracht: Urkunden, Karten, Fotografien, Briefe, Bauzeichnungen, Telegramme – ein Querschnitt durch das ganze Spektrum archivierter Dokumente. Die Bild- und Schriftzeugnisse zur Herrschafts-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des deutschen Südwestens verführen geradezu zum eingehenden Schauen. Manche Dokumente konnten termingenau platziert werden, wie ein Plakat zur Gründung des Landes Baden-Württemberg am 25. April oder eine Abbildung des Festumzugs zum 25. Regierungsjubiläum des württembergischen Königs Wilhelms I. am 28. September. Aber auch unspektakuläre Alltagssituationen wie die Darstellung von Arbeitern in der Mittagspause auf dem Karlsruher Marktplatz im Jahr 1836 können optisch ansprechend sein (17. Oktober). Dass einschneidende Ereignisse keine Formen benötigen, zeigt eine Transportliste von Juden nach Auschwitz (24. April). Dem Betrachter wird ein Band in die Hand gegeben, der täglich aufs Neue zum Staunen einlädt und neugierig machen soll auf die historischen Wurzeln unseres Landes.

Wenn über diesen Weg angeregt wird, sich intensiver mit Geschichte zu beschäftigen und sogar Archive aufzusuchen, hat der Jahresbegleiter seinen Zweck mehr als erfüllt. Er – so Ministerpräsident Winfried Kretzschmann im Vorwort – *ermuntert, sich mit Geschichte und Gegenwart Baden-Württembergs zu beschäftigen* und ist dadurch ein ganz besonderes *Geburtstagsgeschenk*.

Clemens Rehm

Jüdische Steuerakten in Bad Mergentheim entdeckt

Nur von wenigen Finanzämtern – Heilbronn, Maulbronn und Schwäbisch Gmünd – verwahrt das Staatsarchiv Ludwigsburg Steuerakten der jüdischen Bevölkerung. Nun kann es jedoch einen außerordentlichen Fund vermelden: Auf dem Dachboden des Finanzamtes Bad Mergentheim wurden – dank der Recherchen des renommierten lokalen Geschichtsforschers Hartwig Behr– weit über 200 Steuerakten von jüdischen Bürgern – Gewerbetreibenden und Privatpersonen – mit Vorakten bis zurück in die Kaiserzeit entdeckt. Die meisten der in Bad Mergentheim aufgefundenen Unterlagen stammen aus der ehemaligen Kreisstadt, aber auch aus sieben weiteren Gemeinden im Umland sind Gewerbe-, Umsatz-, Einkommens- und Vermögenssteuerakten aufgetaucht. Dazu kommen noch Untersuchungsakten und Straflisten – nicht nur – jüdischer Firmen.

Auch wenn die übernommen Unterlagen nicht vollständig sind – die Steuerakten von Hermann Stern und Artur Rosenfeld aus Creglingen, die im Frühjahr 1933 dem Überfall eines SA-Trupps zum Opfer gefallen sind, fehlen zum Beispiel – so ist ihr historischer Wert dennoch beträchtlich, dokumentieren sie doch anhand von Einzelbeispielen die Praxis der Vernichtung des jüdischen Vermögens während der NS-Zeit und damit eine entscheidende Etappe auf dem Weg zum *Holocaust*.

Was den Fund besonders wertvoll macht, ist das Vorhandensein der Handakte des für den Entzug des jüdischen Vermögens verantwortlichen Finanzbeamten. In ihr ist die Art und Weise der Verwertung des zurück gelassenen Hausrats der deportierten Juden in den verschiedenen Orten des Sprengels des Finanzamtes Mergentheim anhand von Versteigerungslisten genau dokumentiert. Eine Akte, die in der Überlieferung des Staatsarchivs Ludwigsburg ihresgleichen sucht. Auch Informationen über die Einziehung der im Jahr 1938 der jüdischen Bevölkerung auferlegten *Judenvermögensabgabe* sowie der *Reichsfluchtsteuer* sind darin enthalten.

Die Unterlagen bilden nun den auch online recherchierbaren Bestand K 28 und können nach den Bestimmungen des Landesarchivgesetzes genutzt werden. Zwischenzeitlich hat das Staatsarchiv Ludwigsburg auch die jüdischen Steuerakten des Finanzamtes Tauberbischofsheim übernommen und dem zuständigen Generallandesarchiv in Karlsruhe weitergeleitet.

Martin Häussermann

Akten auf dem Dachboden des Finanzamts Bad Mergentheim.
Aufnahme: Hartwig Behr

Iliana Paskova an ihrem Arbeitsplatz im Staatsarchiv Ludwigsburg.
Aufnahme: Landesarchiv StAL

Vom Balkan an den Neckar

Bulgarische Archivarin hospitiert im Landesarchiv

Europa ist in diesen Tagen in aller Munde. Von Krisen und Rettungsschirmen ist die Rede, manchmal sogar schon von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Dass das Zusammenwachsen Europas nicht nur eine wirtschaftspolitische Seite hat, sondern auch verbesserte Bedingungen für kulturelle Begegnungen und den fachlichen Austausch schafft, gerät dabei leicht in Vergessenheit. Tatsächlich unterscheiden sich die fachlichen Standards zwischen den einzelnen Ländern innerhalb der Europäischen Union immer noch erheblich – und das gilt auch für die Arbeit von Kultureinrichtungen. In einem eher am Rande des öffentlichen Interesses stehenden Bereich wie dem Archivwesen macht sich dieses Gefälle besonders bemerkbar. Umso wichtiger sind der fachliche Austausch und die persönliche Begegnung zwischen den Kolleginnen und Kollegen über die Grenzen hinweg.

Das Landesarchiv Baden-Württemberg pflegt seit einiger Zeit Kontakte zu Archiven in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Vor kurzem wurde das rumänische Staatsarchiv in Klausenburg in bestandserhalterischen Fragen beraten und bei der Einrichtung einer Restaurierungswerkstätte unterstützt. Im letzten Jahr absolvierte im Rahmen eines aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung finanzierten Stipendiats nun eine Archivarin aus dem Zentralen Bulgarischen Staatsarchiv in Sofia ein Praktikum im Staatsarchiv Ludwigsburg. Iliana Paskova leitet in Sofia die Benutzungsabteilung. Insofern nutzte sie ihren Aufenthalt nicht nur, um sich über die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Archivnutzung im Landesarchiv Baden-Württemberg zu informieren, sondern auch, um moderne Techniken zur virtuellen Archivnutzung kennen zu lernen. Frau Paskova konnte sich in Ludwigsburg mit der Aufbereitung von Digitalisaten für die Bereitstellung im Onlinefindmittelsystem des Landesarchivs vertraut machen, indem sie Images der Sicherungsfilme von zwei Beständen des Staatsarchivs – einem Bestand mit mehr als 400 Urkunden des Deutschen Ordens sowie eine Serie von etwa einem Dutzend Gefangenenbüchern der Festung Hohenasperg – für den Upload ins Intra- und Internet aufbereitet hat. Besuche in der Reprostelle und im Audiovisuellen Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sowie eine Exkursion in das Hohenlohe-Zentralarchiv, wo sie ein Modell zur Zugänglichmachung privater Archive kennenlernte, rundeten ihr Programm ab.

Der Aufenthalt war nicht nur für die bulgarische Archivarin gewinnbringend. Neben dem fachlichen Austausch haben beide Seiten viel über Atmosphäre und Arbeitsstil in den jeweiligen Archiven erfahren. Da der Bedarf an solch praxisorientierten Aufenthalten groß zu sein scheint, wird das Staatsarchiv auch im laufenden Jahr eine angehende Archivarin aus Osteuropa zu einem Praktikum begrüßen.

Peter Müller

Vordringlich: die Deutschen im Osten

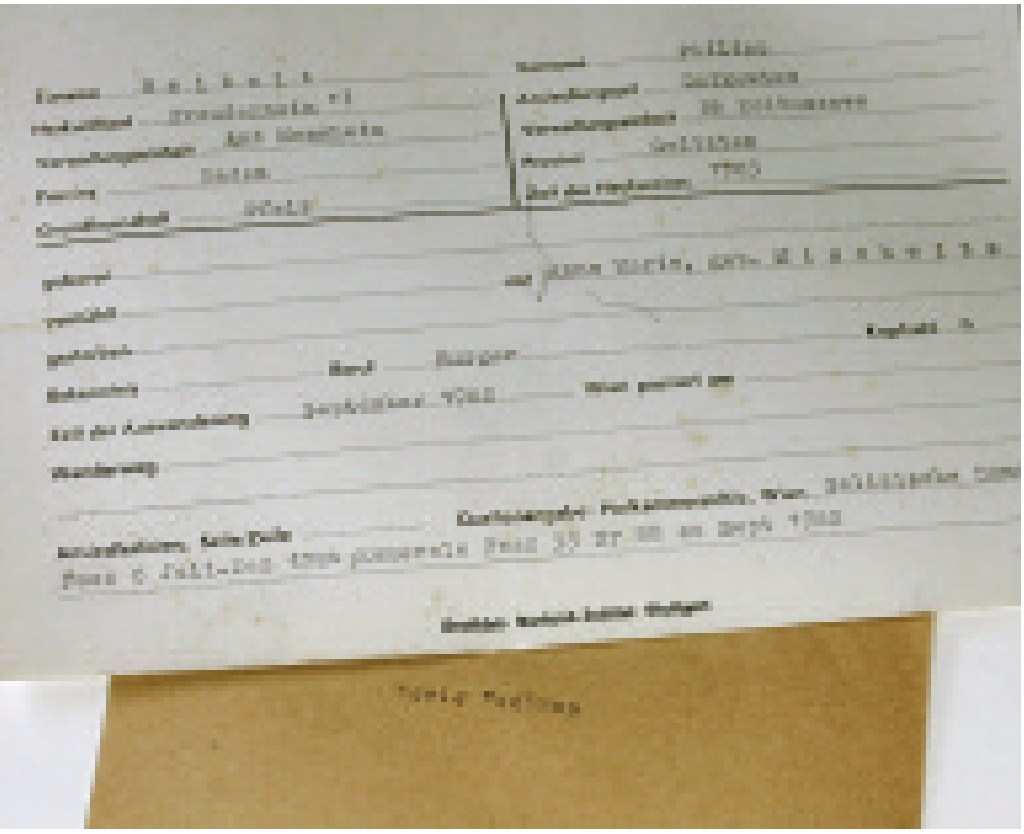
Die „Forschungsstelle Badener in aller Welt“ und ihre Kartei im Generallandesarchiv

Mit der Datenbank *Auswanderung aus Südwestdeutschland* bietet das Landesarchiv eines der wichtigsten regionalen Suchinstrumente zur Migrationsgeschichte an. Ansätze zur systematischen Auswandererforschung in Archiven gab es früh, und so vielseitig wie die Quellen waren auch die ideologischen Motive dafür. In Baden entdeckte der *Landesverein Badische Heimat* nach dem Ersten Weltkrieg die identitätsstiftende, selbstvergewissernde Bedeutung des Themas. Eine *Vereinigung für badische Familienkunde* im Landesverein richtete 1924 im Generallandesarchiv in Karlsruhe eine *Badische Zentralstelle für Familienforschung* ein, der sowohl der Direktor Franz Schnabel wie das Kultusministerium gern ihren Segen gaben (später wuchs der Ärger, denn die Gäste nahmen nicht nur zu, sondern öffneten auch nach 1933 die Türen zur doktrinären Sippenkunde weit mehr, als den Archivaren lieb sein konnte). Der Kontakt mit der deutsch-amerikanischen *Steubenvereinigung* kennzeichnete dabei das vehemente Interesse im Nachkriegsdeutschland, transatlantische Verbindungen aufzubauen. Die *Zentralstelle* hinterließ umfangreiche Karteien. Soweit sie verwertbare Quellenbelege enthalten, sind sie in die Datenbank zur Auswanderung eingeflossen. Andere Karteien stammen von einer *Forschungsstelle Badener in aller Welt*, die am 30. März 1939 im Gaupropagandaamt gegründet wurde. Dahinter stand ein breites Forschungsprogramm, das schon 1930 von Reichsarchiv und Deutschem Auslandsinstitut entwickelt worden war; das Generallandesarchiv war mit Zuarbeiten durch seinen Direktor Hermann Baier von Anfang an eingebunden. Mit Kriegsausbruch erhielt diese Sammelarbeit starken Impuls. *Vordringlich ist zufolge der heutigen politischen Verhältnisse die Ermittlung der Deutschen im Ost- und Südostraum*, schrieb der Leiter der Forschungsstelle, Paul Frank, am 3. Januar 1940 als Geheimsache an das Kultusministerium, und da er nicht von Genealogien, sondern von *deutschen Leistungen* und *deutschem Blutsanteil* im Osten sprach, war die Stoßrichtung dieser *Arbeit, die aus Reichsinteressen geboten ist*, klar. Die Übersee-Auswanderung – zahlenmäßig ja weit bedeutender – war nachrangig geworden.

Frank, geboren 1874, hatte die klassische Karriere des *Alten Kämpfers* hinter sich. Er war Volksschullehrer, dann Schulrat, sympathisierte seit 1925 mit den Nationalsozialisten in Offenburg – aus deren Kreis der spätere Kultusminister Wacker stammte – und trat 1931 trotz des Verbots der Schulbehörde der Partei bei. In Offenburg leitete er das *Amt für Rasse und Kultur*, 1933 wurde er als Wackers Vertreter im Ministerium sofort Direktor der Abteilung Unterricht. 1939, im Ruhestand, baute er die Forschungsstelle im Generallandesarchiv auf und dehnte 1940 ihren Radius auf das annektierte Elsass aus (nun hieß die Stelle *Oberrheiner in aller Welt*). Als 1945 seine *ideale Welt* zusammenbrach, zählte er zu den wenigen Fällen, in denen die Kultusbürokratie zweimal erfolgreich Spruchkammerbescheide als zu milde revidieren ließ.

Die Karteien der Forschungsstelle sind solide gearbeitet. Erfasst wurden neben Amtsdrucksachen vor allem auch Gemeindearchive, ortsgeschichtliche Literatur und – für Südosteuropa unumgänglich – das Wiener Hofkammerarchiv. Insofern geht die Sammlung weit über die Auswandererdatenbank hinaus und schlummert einer besseren Nutzung entgegen.

Konrad Krimm



Karteikarten der Forschungsstelle „Badener in aller Welt“.
Aufnahme: Landesarchiv GLAK

1

Von der königlichen Stadt Straßburg über die reichsritterschaftliche Ortenau ins Großherzogtum Baden

Das Archiv der Freiherren von Türckheim im Generallandesarchiv

Die Familie von Türckheim und das Generallandesarchiv verbindet eine inzwischen fast 130jährige Geschichte. Am 9. März 1885 bescheinigte das Archiv dem Geheimrat Hans VII. von Türckheim den Empfang des Einungsbriefes der Ortenauer Reichsritterschaft von 1474, der in Karlsruhe hinterlegt werden sollte. In den folgenden zwanzig Jahren wurden aus dem Familienarchiv der Nachlass des elsässischen Kirchenhistorikers Philippe André Grandidier (1752–1787) und große Teile des Archivs der Reichsritterschaft der Ortenau nach Karlsruhe verbracht.

Diese Tradition führte Baron Hans X. Eberhard von Türckheim im Jahr 2006 fort und hinterlegte nun das eigentliche Familienarchiv im Generallandesarchiv. Somit umfassen die Bestände der Familie in den Karlsruher Magazinen heute über 50 Laufmeter.

Über ein von der Stiftung Kulturgut gefördertes Projekt konnte nun das Archiv der Freiherren von Türckheim geordnet und verzeichnet werden. Die Archivalien der Familie von Türckheim wurden in vier Bestände geteilt: Der Grandidier-Nachlass wurde als separater Bestand belassen, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts deponierten reichsritterschaftlichen Archivalien um Stücke entsprechender Provenienz aus dem Familienarchiv ergänzt und aus den Urkunden der Familie wurde ein Selekt gebildet. Den größten Bestand bildet das eigentliche Familienarchiv mit einer Laufzeit von 1354 bis 1939 und einem Schwerpunkt vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Alle Bestände sind durch Online-Findmittel erschlossen (Bestände GLAK 69 von Türckheim 1–4).

Die Archivalien des Familienarchivs spannen einen weiten Bogen von privaten Briefen, über reich bebilderte Wappensammlungen und dienstliche Unterlagen bis zu Dokumenten der Gutsverwaltung. Besonders gut ist die Überlieferungslage zu Freiherr Johann V. von Türckheim (1749–1824), der 1789 in die Ortenau übersiedelte. Ihm ist zu verdanken, dass die ursprünglich Straßburger Patrizierfamilie von Türckheim, die dort seit dem 15. Jahrhundert nachweisbar ist, zu einer Familie badischer Gutsbesitzer wurde. Aus dem Erbe seiner Frau Johanna von Seufferheld erwarb er mehrere Güter in der Ortenau und wurde deswegen 1790 auch in die dortige Reichsritterschaft aufgenommen. Seine Nachkommen besetzten im 19. Jahrhundert wichtige Positionen im Großherzogtum Baden, im Großherzogtum Hessen, im diplomatischen Dienst des Deutschen Reichs und im Heer des Kaiserreichs Österreich.

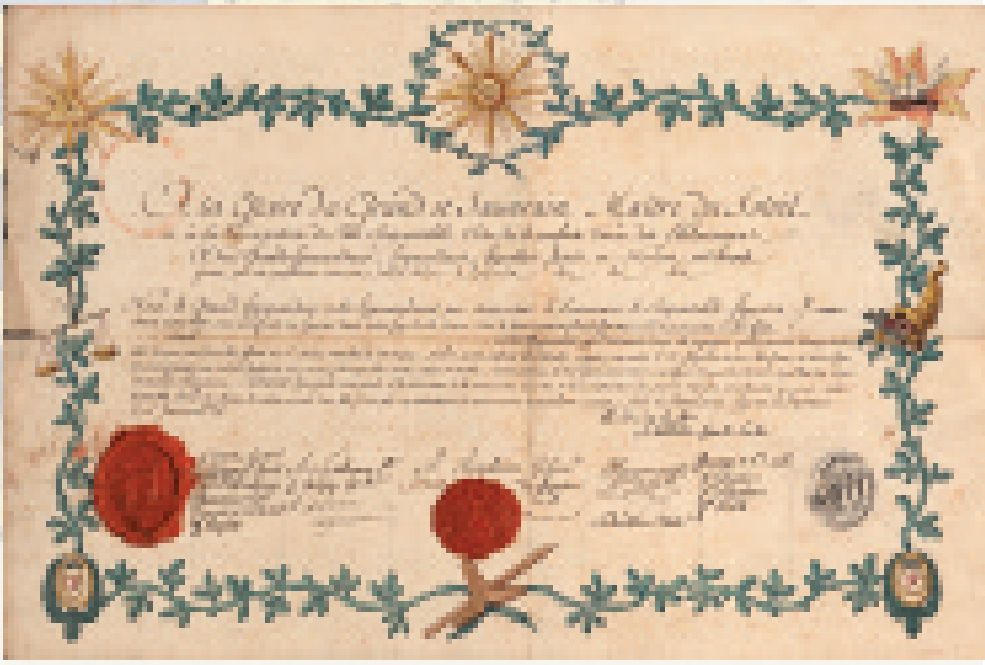
So bilden die Archivbestände der Familie von Türckheim im Generallandesarchiv heute wichtige Quellen nicht nur zur Familiengeschichte, sondern auch zur allgemeinen badischen und hessischen Geschichte im 19. Jahrhundert, zur Regionalgeschichte der Ortenau vom 17. bis zum 19. Jahrhundert und zur Straßburger Stadtgeschichte im späten 18. Jahrhundert.

Joachim Brüser

1 | Zeichnungen von Wappen reichsritterschaftlicher Familien der Ortenau aus der Wappen- und Genealogiesammlung des Freiherrn Johann VI. von Türckheim (1778-1847). Das eigene Familienwappen ist in der untersten Zeile als drittes Wappen von links dargestellt.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 69 von Türckheim-1 Nr. 2933

2 | Zeichnung des Wappens der Freiherren von Türckheim.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 69 von Türckheim-1 Nr. 1630

3 | Aufnahmeurkunde eines neuen Mitglieds in die Gesellschaft der Philanthropen, die 1770 von Johann V. von Türckheim (1749–1824) in Straßburg gegründet worden war und sich im Geiste von Aufklärung und Freimaurertum der Erziehung und der Wohltätigkeitspflege widmete.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 69 von Türckheim-1 Nr. 51



2

3

Die beschwerliche Reise zum Bischof

Lehensakten im Partikulararchiv Hohenlohe-Oehringen

Das Lehenswesen wird gemeinhin mit dem Mittelalter verbunden. Blickt man aber auf die Lehensakten im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, dann merkt man schnell, wie sehr diese Art der Herrschaft die Zeit noch bis ins 19. Jahrhundert hinein prägte. Im Partikulararchiv Oehringen etwa überragt diese Thematik mengenmäßig selbst die umfangreiche Überlieferung zu den vielfältigen hohenlohischen Landesteilungen. Doch nicht allein die Quantität macht die Überlieferung zum Lehenswesen zu einem reizvollen Bestand. Das ganze Prozedere der Lehensverleihung bietet reichhaltigen Stoff für viele herrschafts- und kulturgeschichtliche Fragen.

So waren die Lehen des Hochstifts Würzburg von besonderer Bedeutung für das Haus Hohenlohe, gehörten zu ihnen doch prominente Residenzorte wie Langenburg und Weikersheim. Der Empfang dieser Lehen wurde detailliert vorbereitet und feierlich zelebriert, konnten doch sowohl die Grafen bzw. Fürsten als auch die Fürstbischöfe hiermit ihr gegenseitiges Verhältnis und ihre Stellung im Gefüge des Reiches ausgiebig repräsentieren. Die Akten belegen eindrucksvoll, welche Mühen die hohenlohische Seite dafür auf sich nahm.

Die Reise nach Würzburg im Jahre 1751 etwa war Ende April noch geprägt von schlechten Wegen, die ein Fortkommen des schweren Reisewagens nahezu unmöglich machten. In Vorahnung solcher Strapazen war bereits der junge Graf Ludwig Friedrich Karl von Hohenlohe-Oehringen geschickt worden und nicht sein 68jähriger Vater, der Senior der Linie, dem sein Leibarzt ein drastisches Gutachten über die gesundheitlichen Folgen einer Reise gestellt hatte. In Würzburg selbst, wo im *Gasthof zum Schwan* residiert wurde, begann dann ein gesellschaftliches Programm mit Besuchen und Gegenbesuchen in der höfischen Gesellschaft. Eine gute Erscheinung inklusive livrierter Lakaien und gepuderter Perücke gehörte ebenso dazu wie die (nicht unumstrittene) Anmietung einer sechsspännigen Kutsche. Höhepunkt war dann der Empfang beim Bischof mit dem Lehenszeremoniell und ungleich ausgeprägteren *Taffel* und *Coffee* sowie Präsentation der *Raritaten* in der fürstbischöflichen Residenz. Über alles führte ein hohenlohischer Hofrat genauestens Buch.

Eine solche Belehnung mit all ihren überlieferten Details mag exemplarisch stehen für den Reichtum des Partikulararchivs Oehringen. Leider erschwert eine im 19. Jahrhundert vorgenommene Umordnung, die nie zum Abschluss gekommen ist, dessen Nutzung bis heute. Finanziert von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg besteht im Hohenlohe-Zentralarchiv jedoch eine Projektstelle, die mit der Erschließung und Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung des Oehringer Archivs befasst ist. Mit ihrer Hilfe soll mittelfristig eine angemessene Nutzung der umfangreichen Bestände möglich gemacht werden. Für die adels-, regional- oder reichsgeschichtliche Forschung wäre das ein wirklicher Gewinn.

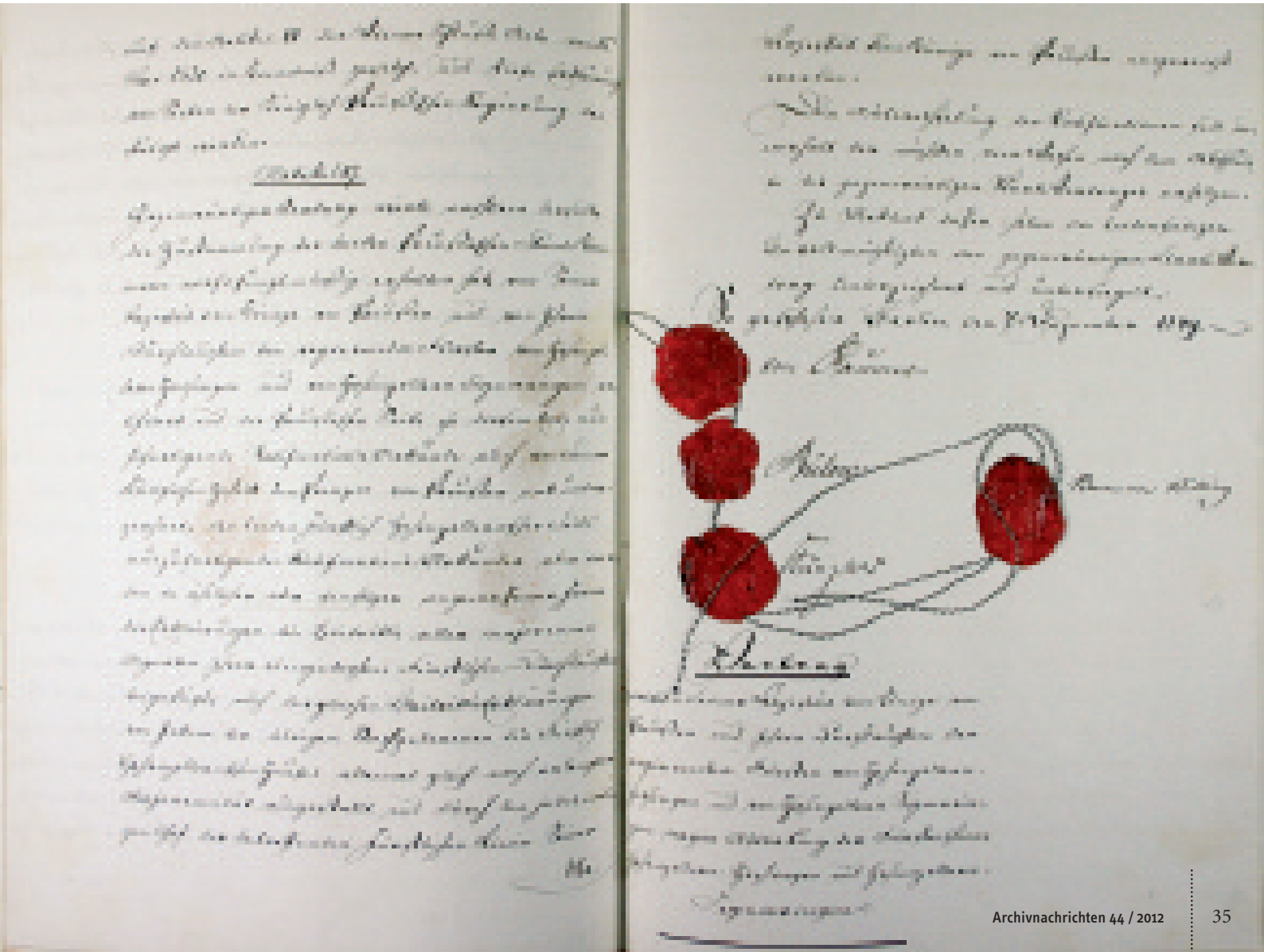
Bastian Gillner

Das würzburgische Lehen Langenburg und die umgebenden Wege.
Vorlage: Landesarchiv HZAN GA 105 Nr. 472 (Ausschnitt)

Politik, Militär und fürstliches Leben

Die Nachlässe des Fürsten Karl Anton und des Prinzen Friedrich von Hohenzollern im Staatsarchiv Sigmaringen

Unterschriftenseite des Souveränitätsabtretungsvertrags vom 7.12.1849.
Vorlage: Landesarchiv StAS FAS HS 1-80 T 18 Nr. 62



Porträt des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern. Vorlage: Fürstlich Hohenzollernsche Sammlungen Sigmaringen

Anfang Januar 1874 erhielt Fürst Karl Anton von Hohenzollern (1811–1885) aus dem fernen Ägypten einen Brief seines vierten Sohnes, des Prinzen Friedrich (1843–1904). Darin berichtete dieser von einem eindrücklichen Ausflug zu den Pyramiden. Er teilte mit, die Besteigung der hohen Stufen sei zwar beschwerlich, allerdings werde sie *durch die Araber, die einen von vorn ziehen und von hinten heben so erleichtert, daß ich mehr geflogen als wie geklettert bin.* Der Reisebericht ist Bestandteil einer langjährigen Korrespondenz zwischen Vater und Sohn, die in den Nachlässen der beiden Mitglieder des Hauses Hohenzollern zum Vorschein kam.

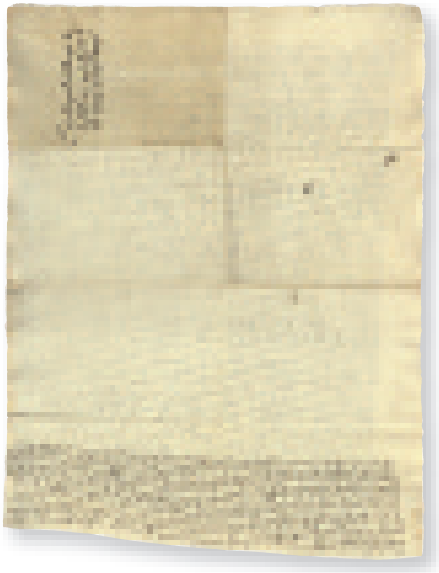
Finanziert aus Mitteln der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg, konnte das Staatsarchiv Sigmaringen 2011 als Beitrag zum Jubiläumsjahr des Fürsten Karl Anton das Ergebnis der Erschließung dieser nicht nur für die hohenzollerische Geschichte wertvollen Nachlässe präsentieren. Von besonderer Bedeutung ist der unter der Signatur FAS HS 1-80 T 18 zusammengefasste Nachlass des Fürsten Karl Anton, bei dem es sich um einen der bedeutendsten Vertreter der schwäbischen Linie des Hauses Hohenzollern handelt. Aus dem Bestand werden die ausgeprägten militärischen und technischen Interessen des Fürsten ebenso deutlich wie Aspekte seines politischen Wirkens. So befindet sich in dem neu erschlossenen Bestand die seit den 1860er Jahren in Vergessenheit geratene Ausfertigung des Souveränitätsabtretungsvertrags vom 7. Dezember 1849, in dessen Folge die Hohenzollernschen Lande unter preußische Verwaltung gestellt wurden. Die in großer Zahl an Karl Anton gerichteten Schreiben mit Gesuchen und Bitten zeigen zudem, dass der Fürst auch nach dem Ende seiner Amtszeit als Preußischer Ministerpräsident und weit über Hohenzollern hinaus als einflussreiche Persönlichkeit galt, deren Fürsprache und Hilfe gesucht wurde.

Der Nachlass des Prinzen Friedrich spiegelt seine erfolgreiche militärische Laufbahn, die ihn als General der Kavallerie bis zum Kommandeur des III. preußischen Armeekorps aufsteigen ließ. Die in den Unterlagen überlieferten Handakten bieten Einblick in seine Tätigkeit als Offizier. Niederschlag fand auch seine regelmäßige Teilnahme an feierlichen Anlässen am Berliner Kaiserhof. 1896 endete Friedrichs Karriere unvermutet, als er von Kaiser Wilhelm II. infolge seines ungeschickten Verhaltens bei der Aufklärung der sogenannten *Kotze-Affäre* entlassen wurde. Reichhaltiges Material bietet der im Bestand FAS HS 1-80 T 19 zusammengefasste Nachlass des Prinzen auch im Hinblick auf das phasenweise turbulente Privatleben Friedrichs.

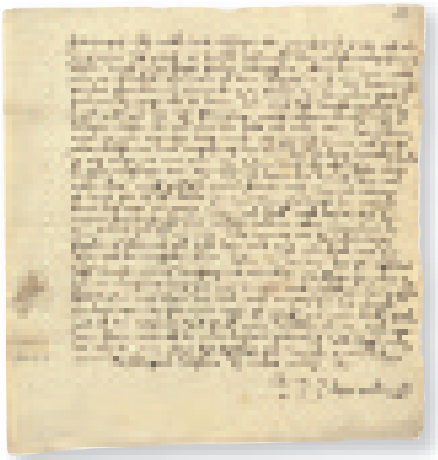
Nach Erschließung der beiden Bestände liegen nicht nur neue Informationen zur Biographie zweier Mitglieder des Hauses Hohenzollern vor. Die Nachlässe zeichnen zudem ein farbiges Bild öffentlichen und privaten Lebens einer bedeutenden hochadeligen Familie während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Andreas Neuburger

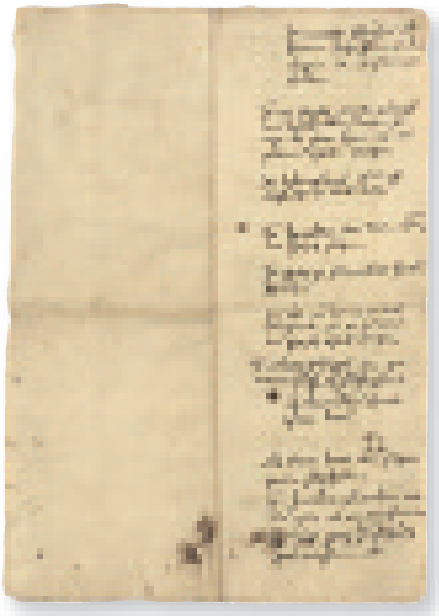
… „In ymerwerender, ewiger, steter trw und warer liebe, mynickliches, herczenallerliebstes lieb“



Zeitgenössischer Eintrag, der dem Briefcorpus seinen Namen („Buhlbriefe“) gab.



Brief des Jodocus Wind an Magdalena von Suntheim, Würzburg, 16. Juni 1483.



Verzeichnis der bei der Reform gefundenen regelwidrigen Sachen und Schriften fol. 1.

Alle Vorlagen: Landesarchiv StAL B 509 Bü 2

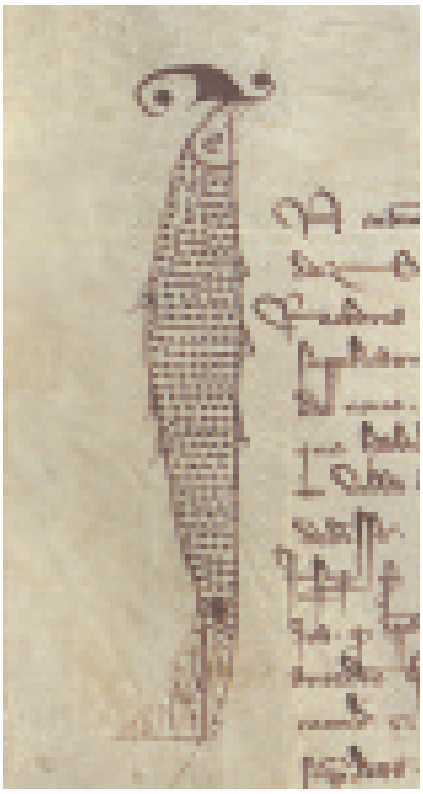
Als das Klarissenkloster Söflingen am Abend des 8. Januar 1484 unter Einsatz militärischer Kräfte gestürmt wurde, fanden die Reformer in den Zellen der Nonnen, die zuvor das Kloster fluchtartig verlassen hatten, etliche regelwidrige Dinge vor. Dazu zählten modische Kleidungsstücke wie Schnabelschuhe oder ein Mieder, *das die brist fein ynschicken und ynkrysen tuot*, Goldketten, Handschuhe und kostbare Rosenkränze, aber auch Badehemden und Nachbildungen von Schlüsseln. Außerdem wurde ein Konvolut von 63 Briefen und sieben *in die welt gehörigen* Minneliedern beschlagnahmt, das diesem Umstand wohl seine Überlieferung verdankt. Die von einem Zeitgenossen als *Yttel Buhlbriefe* bezeichneten Stücke lagern heute – bis auf wenige im Stadtarchiv Ulm befindliche Ausnahmen – im Bestand B 509 im Staatsarchiv Ludwigsburg. Sie wurden im Zuge der Digitalisierung der Urkunden des Klosters Söflingen im DFG-Projekt *Virtuelles Deutsches Urkundennetzwerk* eingescannt und nun online gestellt. Im Online-Findbuch folgen die Abbildungen in der Reihenfolge, in der die Briefe von den Reformern in einem *Verzeichnis der regelwidrigen Sachen* alphabetisch nach Zellen geordnet aufgeführt und mit Signaturen versehen wurden. Inhaltlich sind *reine Liebesbriefe* von Geschäftsbriefen zu unterscheiden, in denen es um Alltägliches wie Abrechnungen oder Rezepte geht, die von den Gebrechen älterer Klosterfrauen oder der Angst vor der Pestgefahr handeln. Vorherrschend ist immer wieder das Thema der kurz bevorstehenden Reform, der der Konvent zwiespältig gegenüberstand, was zu Intrigen und Misstrauen führte. Als Korrespondenzpartner treten sowohl geistliche Frauen aus benachbarten Konventen als auch Laien und Geistliche auf. In zahlreichen Briefen aber erscheinen Barfüßermönche und Klarissen als einander durch geistliche Freundschaften und *Ehebündnisse* verbundene Paare, die sich ewiger Treue versichern und Geschenke austauschen. In 22 von ihm überlieferten Schreiben etwa findet Jodocus Wind, Franziskanerguardian in Ulm, über 50 Varianten liebevoller Anrede für seine Freundin Magdalena von Suntheim. Die als von *herczen myn allerliebestes lieb, begirliches lieb oder fruntliches suzelin* Bezeichnete fieberte seinem nächsten Besuch entgegen. Nicht nur die hiermit verbundene Frage nach der Einhaltung der Klausur in Söflingen, sondern die Kommunikation in mittelalterlichen Klöstern überhaupt, die im Fokus neuerer ordensgeschichtlicher Forschungen steht, kann durch die Onlinestellung der Söflinger Briefe nunmehr auf neuer Grundlage untersucht werden.

Maria Magdalena Rückert

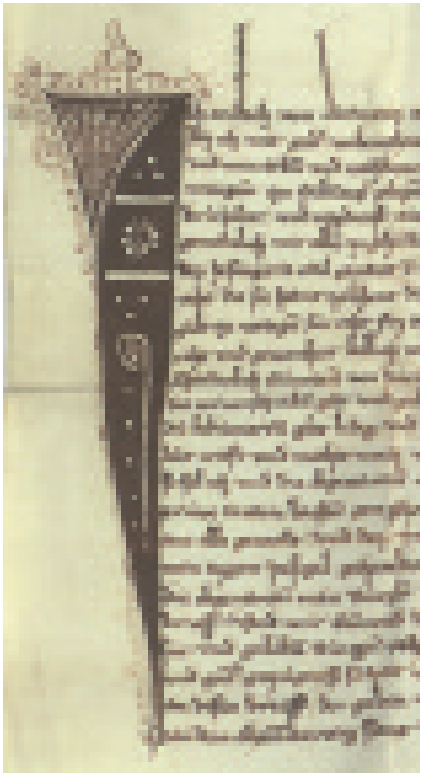
Zum Virtuellen Deutschen Urkundennetzwerk vgl. Archivnachrichten Nr. 43 (2011), S. 34.
Weiterführende Literatur: Max Miller, Die Söflinger Briefe und das Klarissenkloster Söflingen bei Ulm a. D. im Spätmittelalter, Würzburg 1940.

Ein besonderer Schatz im Netz

Die Urkunden des Klosters Maulbronn in digitaler Präsentation



1



2

Als *Weltkulturerbe* erfährt das Zisterzienserkloster Maulbronn seit geraumer Zeit besondere Aufmerksamkeit in der Forschung. Bereits im Rahmen des 850jährigen Gründungsjubiläums 1997 wurden die bauliche Gestalt der großartig erhaltenen Klosteranlage sowie der kulturgeschichtliche Beitrag Maulbronns zur Klosterlandschaft des nördlichen Schwarzwalds intensiv untersucht. Das Kloster verfügte am Ende des Mittelalters über ein geschlossenes Territorium mit mehr als 20 Orten zwischen Stromberg und Nordschwarzwald. Dazu kam 1464 das elsässische Priorat Pairis (Dép. Haut-Rhin). Nach der Reformation erhielt das nun evangelische Maulbronn eine zentrale Rolle in der Verwaltung des Herzogtums Württemberg, denn von 1556 bis 1817 diente Maulbronn als Klosterschule und Evangelisch-Theologisches Seminar. Große Teile des Klosterarchivs gelangten in das herzogliche Archiv nach Stuttgart. Die umfangreichen Archivalien wurden von Wilhelm Ferdinand Scheffler um 1780 in einem ausführlichen Findbuch erschlossen und dem Archivbestand A 502 Kloster Maulbronn zugewiesen.

Auf der Grundlage von Schefflers Repertorium – mittlerweile vielfach korrigiert und mit Nachträgen versehen – wurde ein Online-Findbuch erstellt, das die Archivbestände des Klosters Maulbronn, im Internet digital präsentiert (Bestand HStAS A 502). Es bietet nun einen schnellen, umfassenden Zugriff auf die Maulbronner Urkunden und Akten (1535 Urkunden und 578 Büschel). Schefflers Findbuch wurde dabei einer Revision unterzogen: Bewahrt wurde die systematische Tektonik des gewachsenen Bestandes, inhaltliche wie formale Beschreibungen wurden korrigiert und ergänzt. Als zusätzlicher Ertrag konnten aus einem laufenden Projekt zur Urkundenerschließung (*Virtuelles deutsches Urkundennetzwerk*; vgl. Archivnachrichten Nr. 43 S. 34) alle 1535 Urkunden digitalisiert und als hochaufgelöste Bilder in das Online-Findbuch integriert werden.

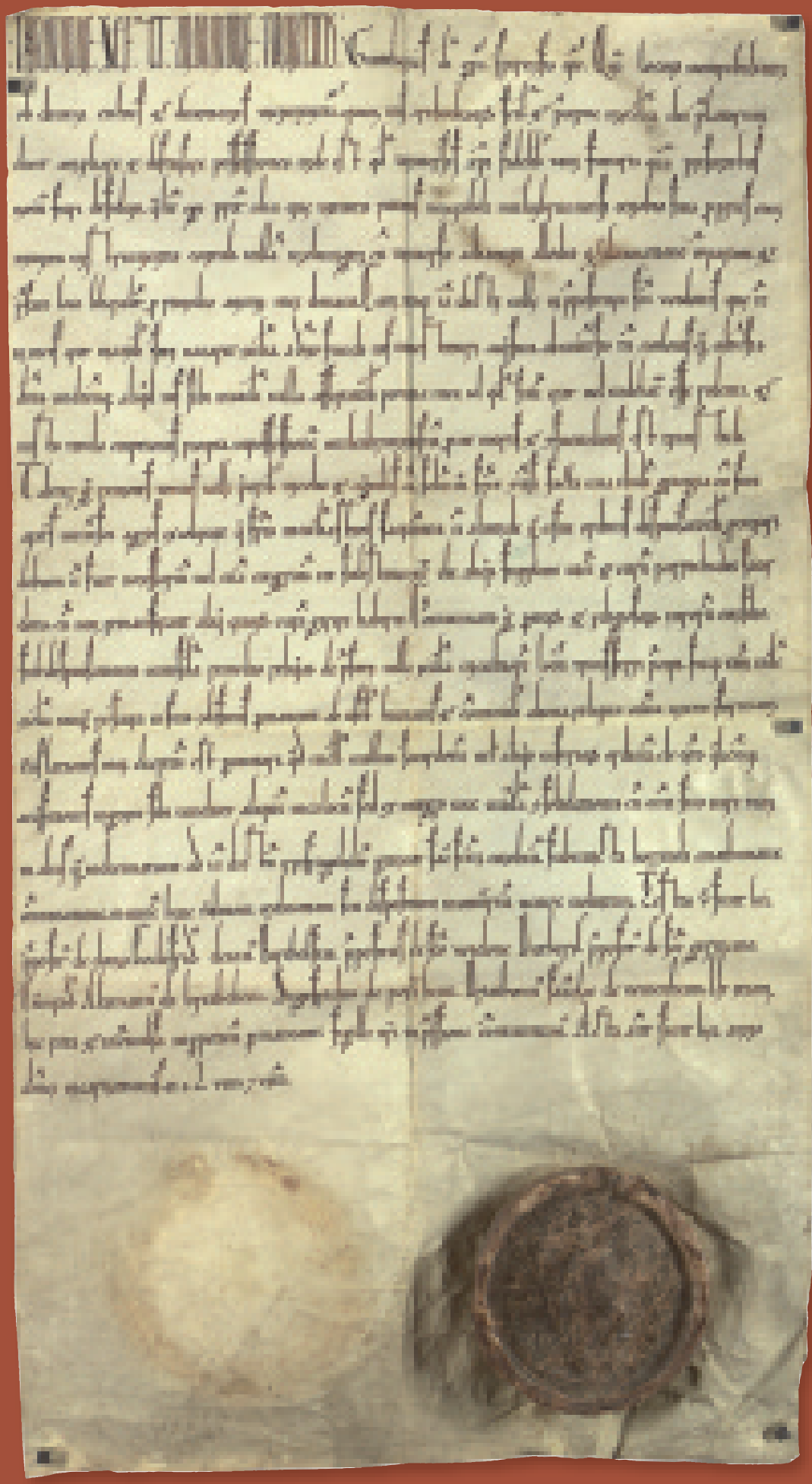
Damit wird der erste Urkundenfonds im Landesarchiv Baden-Württemberg komplett mit Text und Bild im Internet präsentiert. Verlinkt mit der digitalen Version des *Württembergischen Urkundenbuchs Online* (www.wubonline.de) und damit auch mit den weiteren einschlägigen Quelleneditionen ist so eine umfassende Informationsebene zu diesem kulturellen Schatz erreicht. Der Nutzen für die Forschung ist vielfältig: Über das Internet sind jetzt diplomatische und textkritische Forschungen am Originalbestand ebenso möglich wie besitz- und ortsgeschichtliche Untersuchungen. Das Archiv des *Weltkulturerbes Maulbronn* liegt digital bereit.

Erwin Frauenknecht
Peter Rückert

1 | I-Initiale als Fisch gestaltet. Urkunde des Speyerer Offizials für das Kloster Maulbronn von 1343.
Vorlage: Landesarchiv HStAS A 502 U 1313

2 | Verzierte I-Initiale in einer Urkunde Gerlachs von Dürrmenz für das Kloster Maulbronn von 1377.
Vorlage: Landearchiv HStAS A 502 U 668

3 | Urkunde Bischof Günthers von Speyer für das Kloster Maulbronn von 1159.
Vorlage: Landesarchiv HStAS A 502 U 8



3

Karten und Pläne des Staatsarchivs Wertheim im Internet

Seit kurzem sind auch die Karten und Pläne der drei Löwensteinischen Archive des Staatsarchivs Wertheim im Internet recherchierbar.

Lange hat es gedauert, aber nun ist es möglich, schon von zu Hause aus auf die Findmittel der Karten und Pläne im Staatsarchiv Wertheim zuzugreifen. Dabei können auch Digitalisate eingesehen werden, sodass man sich schon im Voraus ein Bild von den Stücken machen kann. Die Online-Darstellungen werden sich allerdings auf die Karten und Pläne bis zum Stichjahr 1870 beschränken. In dieser Zeit sind auch die optisch ansprechendsten Exemplare zu erwarten, in der Zeit danach werden die Zeichnungen immer nüchterner.

Die erste Erschließung der Karten und Pläne reicht in die 1980er Jahre zurück, als Dr. Norbert Hofmann und Hans Semmler die Grundlage für ein gedrucktes *Inventar des löwenstein-wertheim-rosenbergschen Karten- und Planselekts im Staatsarchiv Wertheim 1725–1835* schufen. Das als Band 43 der Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württembergs im Jahr 1983 herausgegebene Werk bringt allerdings nur eine Auswahl des damals vorliegenden Bestandes. Es wurde ganz nach den archivarischen Grundsätzen in Provenienzen gegliedert. Auch heute wird das gedruckte Inventar mit Gewinn benutzt, weil sein umfangreiches Vorwort immer noch die einzige Verwaltungsgeschichte zu den Besitzungen der katholischen Linie bietet.

Inzwischen ist die Sammlung angewachsen. Allein der Bestand Karten und Pläne im Rosenbergischen Archiv umfasst über 7700 Nummern (StAWt-R K). Dazu kommen die Selekte im Freudenberger Archiv mit rund 1500 (StAWt-F K) und im Gemeinschaftlichen Archiv mit 43 Stücken (StAWt-G Rep. 106). Zahlreiche Verweise auf Akten, in denen sich auch noch Pläne finden, wurden ebenfalls aufgenommen. Diese wurden bei der Durchsicht *verdächtiger* Aktenbestände entdeckt.

Die Neuverzeichnung ist etwas schlanker ausgefallen, was aber durch die Einbindung der Digitalisate wieder aufgefangen wird. Die Gliederung richtet sich nicht mehr nach der Herkunft der Stücke, sondern bis auf Ausnahmen nach den heutigen politischen Grenzen. Damit wollen die Archivare künftigen Nutzern entgegen kommen. Dass damit in Einzelfällen Pläne, die eine gemeinsame Provenienz haben, auseinander gerissen wurden, ist ein kleiner Wermutstropfen für das archivarische Verständnis.

Martina Heine

Karte aus dem „Atlas totius dynastiae Breuberg", die den ganzen breubergischen Besitz der Familie Löwenstein-Wertheim-Rochefort im Jahr 1757 darstellt.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R K 112 Tab.36

Im Notfall bitte öffnen

Notfallausrüstung in Archiven und Bibliotheken modernisiert

Leistungen aus dem *Landesrestaurierungsprogramm* sind heute aus den Archiven und Bibliotheken des Landes nicht mehr wegzudenken, seien es Projekte in den eigenen Häusern, die finanziell unterstützt werden, Aufträge an qualifizierte Dienstleister oder solche an die zentralen Werkstätten im *Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut* in Ludwigsburg. Zu den frühen Errungenschaften des Programms gehören die Einrichtung einer mobilen Notfallgruppe aus Restauratorinnen und Restauratoren des Instituts sowie die prophylaktische Bereitstellung von Materialien und Kleingeräten, die bei einem Katastrophenfall in Archiven und Bibliotheken benötigt werden, den sogenannten *Notfallboxen*. Während die in den Häusern stationierten Boxen vor allem Material für die Soforthilfe vor Ort enthalten, ist die mobile Notfallgruppe mit zusätzlicher Ausrüstung ausgestattet, die mitgebracht und gezielt eingesetzt werden kann. Dieses Konzept, das durch Übungen und Fortbildungen aller Art ständig fortgeführt und vertieft wird, war vor zwanzig Jahren richtungweisend und ohne Beispiel. Inzwischen, nach spektakulären Katastrophen in Weimar, in Sachsen und in Köln, gelten Maßnahmen zur Notfallvorsorge, sei es von einzelnen Häusern oder im Verbund mit anderen, allenthalben als selbstverständliche Pflichtaufgabe der Archive und Bibliotheken. *Das Landesrestaurierungsprogramm* widmete diesem Thema bereits 2010 seine Jahresfortbildung – mit reger Teilnahme und großer Resonanz.

In den zurückliegenden Monaten wurden zwischen den Abteilungen des Landesarchivs weitergehende Schritte zur Vereinheitlichung der Notfallvorsorge getroffen. Dazu zählte auch eine komplette Revision des Inhalts der Notfallboxen, eine Aufgabe, die sich als wahrhaft umfangreich erwies: Neben Schutzkleidung für Personen einschließlich Schutzmasken und Handschuhen wurden Werkzeuge, Pack- und Sicherungsmaterial sowie Hilfsutensilien aller Art beschafft. Durch die Wahl besonders wirtschaftlicher Packungsgrößen für ca. 30 Produkte mit insgesamt fast 60.000 Einzelteilen ähnelte ein Raum im Institut zeitweise eher einem Logistikzentrum als einer Restaurierungswerkstatt. Am Ende erhielten 23 Einrichtungen des Landesrestaurierungsprogramms umfängliche Austausch-Kits mit neuartiger oder neu zusammengestellter Ausrüstung, die hoffentlich immer nur zu Übungszwecken eingesetzt werden wird.

Andreas Kieffer
Frieder Kuhn

Die mobile Notfallgruppe des IfE für den Einsatz gerüstet
Aufnahme: Landesarchiv IfE

Die Stammtafel der Grafen von Montfort

Konservierung, Gestaltung und Präsentation

1

2

3

Als Ergänzung des Beständeausgleichs zwischen den staatlichen Archivverwaltungen von Baden-Württemberg und Bayern wurde Ende 2010 eine großformatige Stammtafel der Grafen von Montfort aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv München an das Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgegeben, wo auch einschlägige Archivbestände dieser bedeutenden Adelsfamilie verwahrt werden.

Die Stammtafel besticht besonders durch ihre aufwändige und prachtvolle Gestaltung: Auf der Tempera-Malerei aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit den Maßen 2,20 Meter auf 1,50 Meter sind 285 Mitglieder der Grafenfamilie mit Brustbildern porträtiert und mit Namen und Titel sowie dem jeweiligen Wappenschild dargestellt. Angebracht sind die Porträts an einem weit verzweigten Baum, der aus der Brust des Ahnherrn der Familie, Pfalzgraf Hugo II. von Tübingen († 1182), emporwächst. Bis in das 18. Jahrhundert waren die Grafen von Montfort das bedeutendste Adelsgeschlecht der Bodenseeregion. Ihre Spuren hinterließen sie in Feldkirch oder Langenargen, sie herrschten über Bregenz und Tettnang, wo sie u. a. im *Torschloss* und im *Alten Schloss* residierten. Es ist gut vorstellbar, dass die prächtige Stammtafel hier zur dekorativen Repräsentation der Familie diente. Als konkreter Anlass für ihre aufwendige Gestaltung käme vielleicht die Hochzeit des Grafen Ernst von Montfort mit Antonia von Waldburg-Scheer im Jahr 1722 in Frage.

In Zusammenarbeit mit der *Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart* konnte der stark beschädigte Bildträger im Rahmen einer Diplomarbeit konserviert werden. Durch die gerollte Lagerung der Stammtafel und eingedrungene Feuchtigkeit waren Falten, Knicke und Verwölbungen entstanden. Beschädigte Stellen waren in der Vergangenheit unsachgemäß mit Klebestreifen rückseitig gesichert worden, auch wies die Malschicht mittlerweile viele Fehlstellen auf. Nach der Abnahme der Klebestreifen wurden die Knicke, Falten und Verwölbungen partiell planiert. Die entsprechenden Bereiche wurden befeuchtet und mit Gewichten beschwert, außerdem festigte die Restauratorin die Malschicht. Der Bildträger wurde mittels einer rückseitig aufgebrachten Gaze stabilisiert, eine Aluminium-Waben-Platte bildet den neuen Träger. Um zu verhindern, dass durch das Eigengewicht des Stoffes wieder Verwölbungen entstehen, wurde ein Baumwollstoff ganzflächig aufgeklebt. Lose auf die Aluminiumplatte aufgelegt, wurde die Stammtafel anschließend mittels farblich angepasster und somit für den Betrachter kaum wahrnehmbarer Magnete unter Spannung auf der Trägerplatte fixiert.

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem *Landesarchiv Baden-Württemberg* und der *Akademie der Bildenden Künste Stuttgart* erhielt im Rahmen ihres 150-jährigen Jubiläums weiteren sichtbaren Ausdruck.

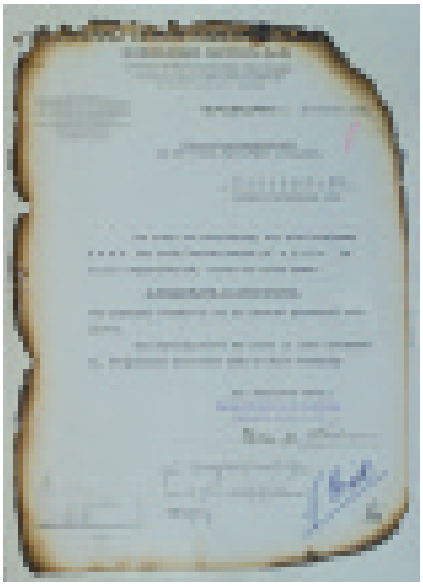
Andrea Heck
Peter Rückert

1 | Vertreter der jüngeren Generation des Hauses Montfort: Gräfin Maria Viktoria von Spaur und Flavon (links), 1. Gemahlin von Anton II. von Montfort (1635–1706, Mitte), kurbayerischer Kammerherr, Generalfeldmarschallleutnant und Statthalter zu Ingolstadt sowie dessen 2. Gemahlin Gräfin Maria Anna Katharina von Tilly.
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 90 Nr. 90

2 | Vertreter der Akademie der Bildenden Künste und des Hauptstaatsarchivs bei der öffentlichen Präsentation der Stammtafel.
Aufnahme: Landesarchiv HStAS

3 | Zustand der Stammtafel vor den Restaurierungsmaßnahmen.
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 90 Nr. 90

Brandgeschädigte Prüfunterlagen.
Vorlage: Universitätsarchiv Stuttgart
Aufnahme: Landesarchiv IfE



Nach der Anfaserung können die Papiere wieder benutzt werden.
Vorlage: Universitätsarchiv Stuttgart
Aufnahme: Landesarchiv IfE

Nur das Beste für die Autobahn!

Brandgeschädigte Versuchsprotokolle der Stuttgarter Materialprüfungsanstalt restauriert

Der Start in das Autobahnzeitalter Mitte der 1930er Jahre verlief keineswegs so reibungslos, wie die nationalsozialistische Propaganda es den deutschen Bürgern verkaufte. Zeitgleich mit den eilig vorangetriebenen Bauarbeiten waren viele bis dahin unbekannte technische Probleme erst noch zu lösen, Normen und Bauverfahren erst noch zu entwickeln. An der Materialprüfungsanstalt der *Technischen Hochschule* (heute: Universität) Stuttgart entstand ein Zentrum für alle Bauingenieur-Aufgaben rund um den Autobahnbau. Hier wurden für das gesamte Reichsgebiet die Ursachen für Baumängel ermittelt, die Herstellung der Zemente und des Betons überwacht und auch die neuen Bauverfahren für Autobahnbrücken geprüft.

Die Unterlagen der Materialprüfungsanstalt aus dieser Zeit wurden 1999 in das Universitätsarchiv Stuttgart übernommen und werden zurzeit in einem durch die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* geförderten Projekt erschlossen. Im Bestand fanden sich auch Akten, die vermutlich 1944 bei Bombenangriffen Brandschäden erlitten hatten und jetzt im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg restauriert wurden.

Das einheitliche Schadensbild der acht Aktenbüschel mit insgesamt 1340 Blatt war *ideal* für eine mengenorientierte Bearbeitung. Auf den ersten Blick erschien der Brandschaden verheerend, doch bei genauer Betrachtung zeigte sich: Die Papiere waren noch gut lesbar und auch einigermaßen stabil. Hauptsächlich betroffen waren die Blattränder, die rundherum etwa 1–2 Fingerbreit bis zur Verkohlung verbrannt waren und leicht zerbröselten. Die Handhabung der Unterlagen wurde damit sehr erschwert. Manchmal waren noch glänzende Schriftzeichen auf dem matten Schwarz erkennbar. Fast alle Bogen mussten angefasert werden. Um zu vermeiden, dass die stark verschmutzten Papiere das im Kreislauf geführte Prozesswasser der Maschine kontaminieren, wurden sie vorher in der Tauchbeckenanlage gewässert, was dem gestressten Papier ohnehin gut tat. Empfindliche Objekte wurden vor dem Bad in Vliestaschen gebettet. Ein Drittel erfuhr wegen der zum Ausbluten neigenden Farbstoffe ein zusätzliches Fixierbad. Beim Anfasern erfolgte eine Sortierung von hell nach dunkel, so fiel es leichter, den Faserstoff entsprechend farblich anzupassen. Der Rest war Routine: Festigen mit Japanpapier, nachleimen, schneiden und rücksortieren.
Einige großformatige, auf DIN A 4 gefaltete Tabellen waren ringsum verbrannt und daher einfach auseinandergefallen. Sie zusammenzufügen war eine schwierige, aber letztlich lösbare Puzzle-Aufgabe.

Norbert Becker
Andreas Kieffer

DIN ISO 16245

Neue Norm sichert optimale Verpackung von Archivgut

Eine der wichtigsten Bestandserhaltungsmaßnahmen ist die sachgerechte Verpackung von Archivgut. Die aus den Behörden ins Archiv gelangten Akten werden hierfür meist *umgebettet*, das heißt, sie werden ihren Ordnern entnommen und mit alterungsbeständigen Umschlägen versehen, nachdem eventuell vorhandene Metallteile entfernt wurden. Die Umschläge ihrerseits werden in Pappbehältern, den sogenannten Archivboxen, aufbewahrt. Es versteht sich von selbst, dass die Verpackungen das Archivgut nicht schädigen dürfen und auch möglichst lange haltbar sein müssen, denn niemand möchte alle zehn Jahre neues Verpackungsmaterial kaufen.

Um sicherzustellen, dass am Markt angebotene Verpackungen tatsächlich alterungsbeständig sind, greifen Archive bei der Beschaffung gern auf Normen zurück, in denen die entsprechenden Anforderungen formuliert sind. Bisher wurde meist mit der Norm DIN ISO 9706 gearbeitet, die alterungsbeständige Schreib- und Druckpapiere definiert. Es gab bei der Anwendung allerdings manchmal Probleme, weil für Verpackungen und Beschreibstoffe eben unterschiedliche Eigenschaften wichtig sind.

Seit April 2011 existiert eine speziell für Archivverpackungen entwickelte Norm, die DIN ISO 16245, bisher zunächst als Entwurf, aber voraussichtlich bald in endgültiger Fassung. Diese Norm beschreibt Anforderungen an *Schachteln, Archivmappen und andere Umhüllungen aus zellulosehaltigem Material für die Lagerung von Schrift- und Druckgut aus Papier und Pergament*. Sie ist qualitativ etwas ganz Neues, weil nicht nur das Material, sondern auch die Verpackungskonstruktion geprüft wird. So muss eine Archivbox etwa einen Stauchtest bestehen, die eingesetzten Farben müssen wasserfest sein, und Klebstoffe und Metallteile müssen beständig sein. Bei den Archivmappen bzw. –umschlägen darf ein Mindestfalzwiderstand nicht unterschritten werden. Es werden zwei Typen von Boxen definiert: Der ligninfreie Typ A erfüllt alle chemischen Anforderungen von DIN ISO 9706, der qualitativ schwächere Typ B hat keine Ligninbeschränkung und darf nur mit zusätzlichen Umschlägen bzw. Mappen eingesetzt werden. Jede Box, die die Norm erfüllt, ist vom Hersteller entsprechend markiert.

Mit dieser Norm steht den Archiven ein sinnvolles Handwerkszeug für die Beschaffung von Verpackungen zur Verfügung. In den neuen Empfehlungen des Bestandserhaltungsausschusses der Archivreferentenkonferenz *Verpackungen für Archivgut* wird bereits auf die neue Norm verwiesen.

Anna Haberditzl

Plan des Zisterzienserinnenklosters Wald, um 1685.
Vorlage: Landesarchiv StAS FAS DS 39 T 1-3
R 74,14

800 Jahre Kloster Wald

Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen zum Jubiläum

Anlässlich des 800-jährigen Gründungsjubiläums des ehemaligen Zisterzienserinnenklosters Wald präsentiert das Staatsarchiv Sigmaringen in Wald eine Ausstellung zu Aspekten der Geschichte des Klosters. Die vornehmlich aus Urkunden, Plänen und Aktenstücken des Staatsarchivs konzipierte Tafelausstellung zeichnet die Entwicklung des ältesten südwestdeutschen Zisterzienserinnenklosters von der Gründung 1212 bis zur Aufhebung im Jahr 1806 nach.

Dargestellt wird der aus bescheidenen Anfängen geschickt bewerkstelligte Aufstieg des Klosters und die seit dem 16. Jahrhundert greifbare Entwicklung zu einem adeligen Damenstift. Die Eingliederung Walds in den Zisterzienserorden setzte dem Klosterleben einen klaren Rahmen, führte über die zum Teil schwierigen Beziehungen zum Salemer Vaterabt jedoch auch zu Konflikten. Der Wohlstand des Klosters lässt sich anhand der Baugeschichte nachvollziehen. Auf Grundlage des weit gestreuten Besitzes war eine stabile ökonomische Basis für den Bau der prachtvollen barocken Klosteranlage vorhanden, in der sich noch heute Kunstsinn und Geltungsanspruch der jeweiligen Äbtissin widerspiegeln. Die Ausstellung behandelt auch die in Wald gepflegte Frömmigkeit und die klösterliche Lebenswelt, die mit dem Übergang Walds in den Besitz der Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ein Ende fanden. Dazu trägt nicht zuletzt das historische Ambiente der prächtigen Klosterkirche und des gotischen Kreuzgangs bei, in dem die Ausstellung umrahmt von den am Ort verbliebenen Ausstattungsgegenständen gezeigt wird.

Im Hinblick auf das 60-jährige Jubiläum des Landes Baden-Württemberg sei auf ein besonderes Stück in der archivalischen Überlieferung des Klosters hingewiesen: die älteste bekannte Darstellung des Wappens des Herzogtums Schwaben mit den drei Löwen, das zum baden-württembergische Landeswappen wurde. Sie befindet sich als Siegelbild auf einem 1220 ausgestellten, aber auf das Jahr 1216 zurückdatierten Privileg Herzog Heinrichs von Schwaben, in welchem der Stauferherzog Kloster Wald in seinen Schutz nimmt.

Andreas Neuburger

Ausstellung
„Auf dich, o Herr, habe ich meine Hoffnung gesetzt“ –
800 Jahre Zisterzienserinnenkloster Wald (1212 bis 1806).

Geöffnet
vom 23. Juni bis 20. Juli 2012

Kreuzgang des Klosters Wald
Von-Weckenstein-Straße 2
88639 Wald

Informationen zu den Öffnungszeiten:
Heimschule Kloster Wald,
Tel.: 07578/188-0

Lebens-Wandel. Wera Konstantinowna, Großfürstin von Russland, Herzogin von Württemberg (1854–1912)

Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aus Anlass ihres 100. Todesjahres

Herzogin Wera wurde 1854 als Tochter von Großfürst Konstantin von Russland und Alexandra, geborene Prinzessin von Sachsen-Altenburg, in St. Petersburg geboren. Als Neunjährige wurde sie von ihren Eltern in die Obhut ihrer Tante Olga nach Stuttgart gegeben. Die Gründe für diesen Schritt sind sowohl in der unsicheren politischen Lage in Polen zu suchen, wo Weras Vater als russischer Gouverneur tätig war, als auch in der Kinderlosigkeit des württembergischen Kronprinzenpaars. Olga nahm sich des als schwierig geltenden Kindes vorbehaltlos an und zog sie wie eine eigene Tochter auf. 1871 wurde sie von König Karl und Königin Olga förmlich adoptiert.

Trotz der schwierigen Kindheit wurde die junge Fürstin in Württemberg zunehmend heimisch und heiratete 1874 Herzog Wilhelm Eugen von Württemberg aus der schlesischen Linie des Hauses. Der Ehe entstammten drei Kinder, wobei der Sohn Karl Eugen das Säuglingsalter nicht überlebte. Herzog Wilhelm Eugen verstarb bereits 1877, Wera ging jedoch keine neue Ehe ein. Persönlich anspruchslos, führte sie in ihrer Wohnung in der Stuttgarter Akademie ein fast bürgerlich anmutendes Leben. Sie widmete sich der Erziehung ihrer beiden Zwillingstöchter Elsa und Olga und nahm am gesellschaftlich-kulturellen Leben ihrer Heimatstadt regen Anteil. Sie beteiligte sich am Bau der russisch-orthodoxen Nikolauskirche und der evangelischen Heilandskirche auf dem Gelände der Villa Berg und setzte sich für den Wiederaufbau des Neuen Lusthauses ein. Die als umgänglich und gesprächig geltende Herzogin erwarb sich durch die Wahrnehmung karitativer und sozialer Projekte im Land großes Ansehen bei der Bevölkerung. Sie übernahm zahlreiche Protektorate für wohltätige Einrichtungen wie die Nikolauspflege für Blinde, die Anstalt Mariaberg bei Zwiefalten oder die Olgaheilanstalt. Besonders am Herzen lag der Witwe das Schicksal unverheirateter Mütter und alleinstehender Mädchen, für die sie die Weraheime als erste Frauenzufluchtsstätte in Württemberg schuf. Die Schaffung eines deutschen Staates nach dem deutsch-französische Krieg von 1870/71, an dem auch ihr Mann als Offizier teilgenommen hatte, begrüßte sie rückhaltlos, auch wenn das Königreich Württemberg dadurch seine Souveränität verloren hatte. Damit einher ging ihre Vorliebe für das Militär, die sich in der Teilnahme an Paraden und Manövern äußerte, aber auch in ihrer Verbundenheit mit dem Ulanenregiment König Karl, in dem ihr Mann gedient hatte und dessen zweiter Chef sie 1888 geworden war. Als Wera im Jahr 1912 starb, galt sie neben König Wilhelm II. als beliebtestes Mitglied des Königshauses.

Die Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart zeichnet den Lebensweg der Herzogin nach, nimmt aber auch die Entwicklung Württembergs und den Wandel Stuttgarts um die Jahrhundertwende in den Blick. Gezeigt werden wertvolle Dokumente, Fotos sowie Objekte, zum Teil aus dem Besitz Weras.

Thomas Fritz

Herzogin Wera und Herzog Wilhelm Eugen von Württemberg, anlässlich ihrer Hochzeit aufgenommen im Jahr 1874.
Vorlage: Landesarchiv HStAS GU 99 Bü 486

Herzogin Wera in der Uniform des Ulanenregiments Nr. 19 König Karl (1. Württembergisches) mit eigenhändiger Widmung für einen Offizier des Regiments („meinem Spiel- und Regimentskameraden sein 2ter Chef 1864–1907“).
Vorlage: Landesarchiv HStAS M 703 R816N1

Ausstellung
Lebens-Wandel. Wera Konstaninowna, Großfürstin von Rußland, Herzogin von Württemberg (1854–1912)

Öffnungszeiten
8. März 2012 – 27. Juli 2012
Montag 10.00–17.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch 8.30–17.00 Uhr
Donnerstag 8.30–19.00 Uhr
Freitag 8.30–16.00 Uhr
Für Gruppen nach Vereinbarung

Informationen und Anmeldung zu Führungen
Landesarchiv Baden-Württemberg
- Hauptstaatsarchiv Stuttgart -
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon 0711/212-4335
Telefax 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de
Internet: www.landesarchiv-bw.de/hstas

„Abbildung deß freien und exempten Closter Brunnbachs, an der Tauber im Würtzburger Bischtum ligent", Kupferstich von Caspar Merian, vor 1676, unter Buchstabe h: „Die infirmarii oder kranckenhaus".
Vorlage: Landesarchiv StAWt-A56, Nr. 45

Der Krankenbau des Zisterzienserklosters Bronnbach

Seit 20 Jahren Gebäude für den Archivverbund Main-Tauber

HANC INFIRMARIAM EREXIT F. IOSEPHUS ABBAS ANNO 1705 – diesen Krankenbau hat Abt Joseph im Jahr 1705 errichtet. Die gut erhaltene Inschrift über dem schlichten Portal bezeichnet den ursprünglichen Zweck des langgestreckten Gebäudes im oberen Hof des ehemaligen Zisterzienserklosters Bronnbach im Taubertal: Die Unterbringung von Kranken und Alten des Klosters sowie aus dessen Umkreis. Auch wenn keine Bauakten vorhanden sind und die Generalprotokolle des Klosters mit ihren oft detaillierten Beschreibungen für die Erbauungsjahre fehlen, so lässt sich doch aus den verschiedenen Rechnungsserien und deren Beilagen die Baugeschichte in ihren Einzelheiten nachvollziehen.

Das Gebäude wurde 1703–1705 an der Stelle eines abgerissenen kleineren Vorgängerbaus errichtet. Der baufreudige Abt Joseph hatte wesentlichen Anteil an den Planungen. Um den Bau in den stattlichen Ausmaßen von 40,2m Länge, 13,4m Breite und 18m Firsthöhe in dem ansteigenden Gelände errichten zu können, musste der Hof aufgeschüttet werden. Dadurch wurde das Erdgeschoss des Konventbaus mit dem Kapitelsaal zum dunklen Untergeschoss.

Die Raumaufteilung zeigt für beide Geschosse je einen Saal rechts des Treppenhauses sowie je sechs Räume in Kreuzflur-Anordnung, von denen durch *doppelte eysene öffen* (je ein Ofen für zwei Zimmer) mindestens acht Räume beheizbar waren, ebenso die beiden Säle. Auffällig ist der Kapellenanbau im Osten, der erst nach Aufrichtung des Hauptbaus angefügt wurde. Dies wird noch heute an baulichen Unregelmäßigkeiten deutlich.

Das Raumprogramm gibt indes Rätsel auf. Besonders über die Bestimmung der gewölbten Räume im Erdgeschoss kann nur spekuliert werden (Lagerräume, Labor, Apotheke). Die beiden Säle dürften kaum als Krankensäle gedient haben, denn die geräumigen Einzelzimmer im Obergeschoss ließen ausreichend Platz für die benötigten Bettstellen. Der obere Saal beherbergte sicherlich die Bibliothek, der untere könnte von Abt Joseph als neuer, moderner (weil heizbarer) Kapitelsaal gedacht worden sein – die häufige Bezeichnung *neuer Conventsbau* in den Rechnungen legt dies nahe. Sicher wurde er als Versammlungsraum bei besonderen Anlässen wie der Wahl von Abt Engelbert 1724 benutzt.

Nur knapp 100 Jahre diente der Krankenbau seinem Zweck. Mit der Säkularisation 1802 nahm das Fürstenhaus Löwenstein-Wertheim-Rochefort das Kloster in Besitz. Noch zwei Jahrzehnte wohnten hier einige Mönche entsprechend dem ihnen zugesicherten lebenslangen Wohnrecht. Hierfür wurde in der Kapelle eine Küche eingerichtet. Danach übernahm die fürstliche Schlossbrauerei das geräumige Gebäude (und Teile des Konventbaus), einschneidende Umbauten waren die Folge: die östlichen Räume im Erdgeschoss wurden zu Malzlagern, im großen Saal wurde das Sudhaus eingerichtet, Anbauten kamen hinzu. Im Obergeschoss befand sich zunächst die Braumeisterwohnung; 1897 wurden alle Innenausbauten entfernt, um Platz für die Lagerung von Gerste und Malz zu schaffen, zwölf gusseiserne Säulen stützten das Dachgebälk. Nach Jahren mit zunehmendem Absatz kam der Niedergang. 1970 wurde die Brauerei (ohne die Gebäude) an die Würzburger Hofbräu AG verkauft, 1974 der Braubetrieb eingestellt. 1985 ging das Kloster in den Besitz des Main-Tauber-Kreises über, der neue Nutzungsmöglichkeiten suchte.

Vor genau zwei Jahrzehnten, im Januar 1992, nahm so der kurz zuvor gegründete Archivverbund Main-Tauber aus Staatsarchiv Wertheim, Stadtarchiv Wertheim und Archiv des Main-Tauber-Kreises seinen Dienstbetrieb in dem nach dem alten Plan wiederhergestellten Gebäude auf.

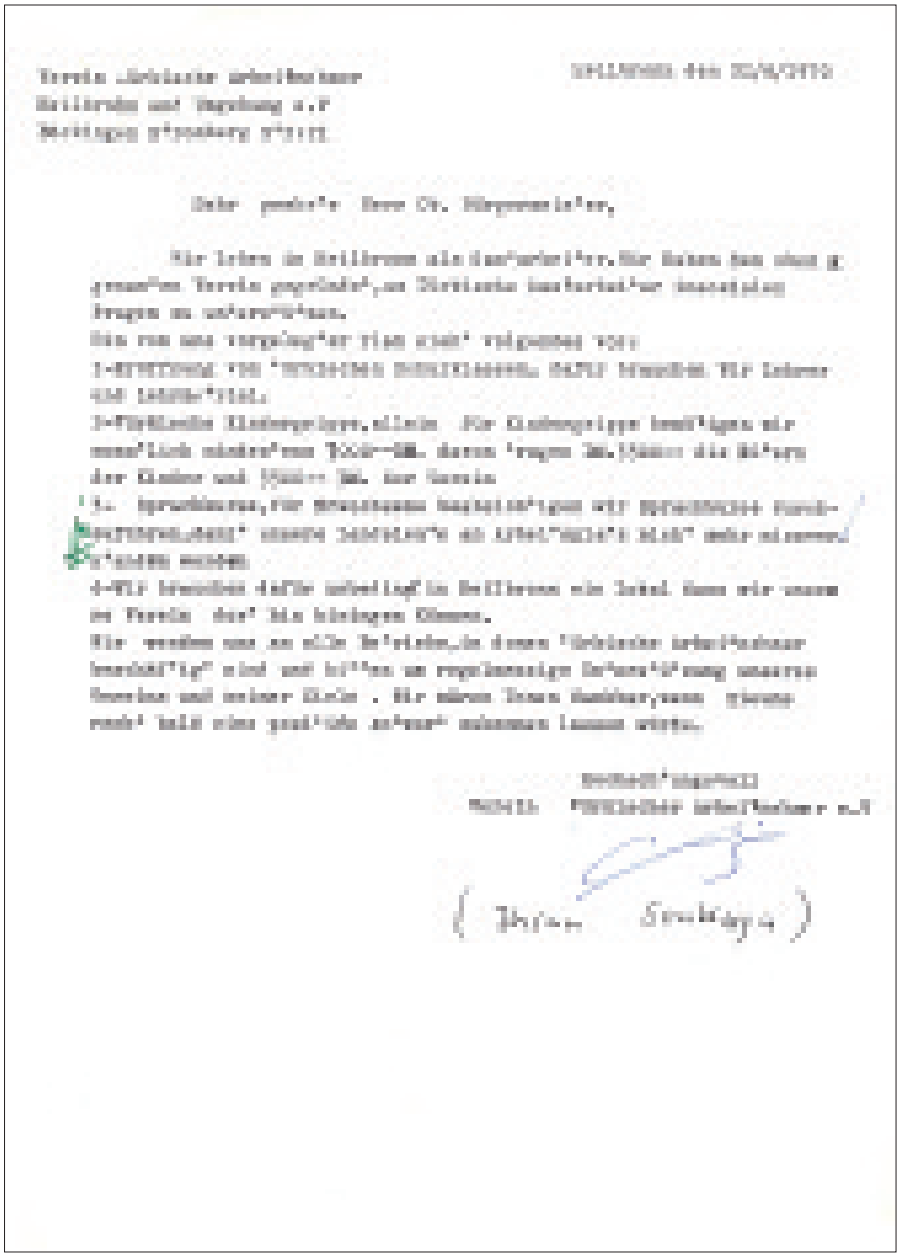
Monika Schaupp

Weiterführende Literatur: Volker Rödel: Der Krankenbau von Kloster Bronnbach. Geschichte eines Gebäudes, in: Wertheimer Jahrbuch 1991/92 (1992), S. 173–192.

Türkische „Gastarbeiterkinder“ in den 1970er-Jahren

Verein türkischer Arbeitnehmer in Heilbronn fordert Schulklassen für türkische Gastarbeiterkinder.

Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn, ZS-39518, „Unterricht für ausländische Schüler 1964 – 1977“



Zwischen Integration und Separation

Im Spätherbst 1961 kamen die ersten Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland. Eine Zugfahrt von Istanbul nach Stuttgart dauerte in diesen Jahren über eine Woche und kostete drei türkische Monatslöhne. Es erforderte viel Mut und Zuversicht, einen solchen gewagten Schritt zu unternehmen. Weder die türkischen Arbeitskräfte noch die deutsche Öffentlichkeit dachten damals daran, dass damit ein Prozess einsetzte, der zu einer dauerhaften Einwanderung führen würde. Heute leben im Südwesten 282 000 Menschen mit türkischem Pass. Türkische Wurzeln haben rund 430 000. In Industriestädten wie Heilbronn machen sie rund sieben Prozent der Bevölkerung aus. Die Kinder und Enkel der Gastarbeiter aus den 60er- und 70er-Jahre – ob mit türkischem oder deutschen Pass – sind inzwischen zu einem festen Bestandteil der baden-württembergischen Gesellschaft geworden.

Spätestens seit den 80er-Jahren war klar: Die Gastarbeiter kehren nicht – wie ursprünglich geplant – nach zwei Jahren in die Türkei zurück, sondern wollen mit ihren Familien in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Damit stellte sich die Frage ihrer Integration. Fremde werden zwangsläufig irgendwann einmal Einheimische, diese Entwicklung positiv zu gestalten, wurde nun zu einer vordringlichen gesellschaftspolitischen Aufgabe.

Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre begann man sich zu fragen, wie man mit den ständig zunehmenden Schülerzahlen aus Gastarbeiterfamilien umgehen sollte, die ohne Deutschkenntnisse in die bestehenden Grund- und Hauptschulklassen aufgenommen wurden. Der zuständige Heilbronner Schulrat musste damals gegenüber der Heilbronner Stimme bekennen: *Wir haben keine speziellen Leistungen für Gastarbeiterkinder* (Heilbronner Stimme vom 31.1.1970). Die Situation war für Lehrer, Kinder aus deutschen Familien und Gastarbeiterkinder gleichermaßen unbefriedigend und erforderte eine Lösung.

In diesem Zusammenhang wurde der kurz zuvor gegründete *Verein der türkischen Arbeitnehmer in Heilbronn e.V.* in einer bemerkenswerten Eigeninitiative bei der Heilbronner Stadtverwaltung vorstellig und forderte Hilfe bei der Organisation von begleitendem muttersprachlichem Unterricht – zuvor war er vom baden-württembergischen Kultusministeriums zurückgewiesen worden. Wenig später wurden Vorbereitungsklassen für Gastarbeiterkinder eingerichtet, die den Kindern genügend Deutschkenntnisse vermitteln sollten, um in reguläre Klassen aufgenommen werden zu können.

Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen, und nach eigenem Bekenntnis *anatolischer Schwabe*, 1965 in Bad Urach geboren, erinnert sich an seine Schulzeit in Baden-Württemberg während der 70er-Jahre mit gemischten Gefühlen. In Deutsch hatte er bis in die vierte Klasse die Note mangelhaft. Er schaffte trotzdem den Aufstieg, studierte an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen in Reutlingen Sozialpädagogik und wechselte gleich nach dem Examen zum Diplompädagogen 1994 als Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen in den Deutschen Bundestag.

Was für ihn als Angehörigem der zweiten Generation noch eher eine Ausnahme war, ist heute Normalität geworden. Immer mehr Schülerinnen und Schüler aus türkischen Familien beginnen nach dem Erwerb der Hochschulreife eine akademische Ausbildung. Gleichzeitig ist in den letzten Jahren aber auch ein zunehmender Trend unter türkischstämmigen Jugendlichen zu erkennen, sich abzukapseln, ihre eigene Identität vermehrt in ihren türkischen Wurzeln zu suchen und einer weiteren Integration kritisch

Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Foto: Steffen Kugler / Getty Images

gegenüber zu stehen. Viele von ihnen befinden sich nach eigenem Empfinden in einer Zwangssituation, müssen sie sich doch bis zum Alter von 23 Jahren für die deutsche oder die türkische Staatsbürgerschaft entscheiden.

Heute unterscheiden sich Kinder und Jugendliche der dritten Gastarbeitergeneration von ihren deutschen Mitschülern in ihren schulischen Leistungen immer weniger, wie viele Schulleiter, Lehrkräfte und Ausbilder bestätigen. Ihre Integration ist heute eher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe als eine schulische Herausforderung. Diese Aufgabe erfordert Offenheit und Toleranz von allen. Ein Blick zurück in die Geschichte der 60er- und 70er-Jahre, als die ersten türkischen Gastarbeiter nach Baden-Württemberg kamen, kann dabei helfen.

Fremdarbeiter – Gastarbeiter – Mitarbeiter

Als erste Gastarbeiter kamen Italiener nach Deutschland. *Fremdarbeiter statt Rekruten* lautete die Schlagzeile einer deutsche Tageszeitung (Hamburger Echo), die am 10.11.1954 über Verhandlungen zwischen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und dem italienischen Außenminister über die Anwerbung von 100 000 bis 200 000 Arbeitern aus Italien berichtete. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Bundeswehr und der beginnenden Rüstungsproduktion sei bald mit einem Arbeitskräftedefizit zu rechnen.[1]

Gewerkschaften und Vertriebenenverbände äußerten sich kritisch über solche Nachrichten und das Bundesarbeitsministerium beeilte sich zu dementieren: *Es besteht zunächst nicht die Absicht, ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik zu holen.*[2]

Die Skepsis war verständlich, denn die Arbeitslosigkeit in Deutschland bewegte sich im Jahre 1954 noch um die 7%. Sie hatte aber im 4. Quartal 1954 bereits deutlich abgenommen und betrug ein Jahr darauf, im September 1955, bei Männern nur noch 1,8%. Gleichzeitig deutete das starke Wirtschaftswachstum auf einen Arbeitskräftemangel in absehbarer Zeit hin.[3]

Die oben zitierte Schlagzeile ist aber auch aus einem anderen Grund aufschlussreich. Bis in die 70er-Jahre wurde in Deutschland noch der Begriff *Fremdarbeiter* verwendet, der in der Zeit des Nationalsozialismus für die Zwangsarbeiter in der deutschen Wirtschaft gebräuchlich war. Er hatte den Begriff *ausländische Wanderarbeiter* abgelöst, der in der Kaiserzeit verwendet wurde. Der Begriff *Gastarbeiter* begann sich parallel zur Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte in den 60er-Jahren durchzusetzen, bis auch er in Frage gestellt wurde, nämlich als klar wurde, dass die überwiegende Zahl der Arbeitsmigranten in Deutschland bleiben würden. Heute bevorzugt man die Bezeichnung *Personen mit Migrationshintergrund*. Der Begriff *Gastarbeiter* wird nur noch in der Forschung verwendet, wenn von den 70er- und 80-Jahren die Rede ist. Der sprachliche Wandel spiegelt die Entwicklung der Einschätzung des Vorgangs der Arbeitsmigration nach Deutschland und der beginnenden Integration wider. Die Migrationsforschung[4] unterscheidet vier Phasen der Migration in die Bundesrepublik:

1. Die Arbeitsmigration bis 1973
2. Der verstärkte Familiennachzug nach dem Anwerbestopp 1973
3. Die Phase der faktischen Niederlassung seit 1980
4. Die Minderheitenbildung seit Ende der 80er-Jahre.

Der Brief des Vereins der türkischen Arbeitnehmer Heilbronn kann der 1. Phase zugeordnet werden.

Türkische Gastarbeiter kommen nach Baden-Württemberg

Nach vorausgehenden Anwerbe-Abkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960) folgte am 30.10.1961 eine deutsch-türkische Vereinbarung über die Anwerbung von Arbeitskräften. Die Initiative ging in erster Linie von der Türkei aus, die eine befristete Arbeitsmigration nach Deutschland als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit im eigenen Land sah. Ein weiterer Vorteil bestand für die Türkei darin, dass dringend benötigte Devisen ins Land kamen. Außerdem erhoffte man sich von den Rückkehrern mit ihrem in deutschen Firmen erworbenen Know-how einen Modernisierungsschub.

Die ersten türkischen Gastarbeiter nach dem Anwerbeabkommen kamen im November 1961. Um die Zuwanderung aus der Türkei zu lenken, richtete die Bundesanstalt für Arbeit in Istanbul eine deutsche Verbindungsstelle ein. Hier wurden die türkischen Arbeitskräfte nach einer Eignungsprüfung und einer medizinischen Untersuchung für den Einsatz in der deutschen Wirtschaft ausgewählt. 1961 bis 1973 beantragten deutsche Unternehmen bei der Bundesanstalt für Arbeit rund 710 000 Arbeitskräfte aus der Türkei.

1968 meldeten die Stuttgarter Nachrichten: *Türken werden am meisten angefordert. Deshalb sind sie auch am schwersten zu haben. Zehn Wochen müssen die Firmen allein auf Hilfsarbeiter warten. Türkinnen sind dagegen schon eher zu bekommen, besonders Analphabetinnen*[5].

Die Frage der Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft stellte sich beiden Seiten noch nicht. Die türkischen Gastarbeiter hatten das Ziel, sich mit dem in Deutschland ersparten Geld eine Existenz in der Heimat aufzubauen. Um diese Einstellung zu fördern, war nach dem Anwerbeabkommen die Arbeitserlaubnis der einzelnen Gastarbeiter ursprünglich auf zwei Jahre begrenzt. Damit sollte im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei eine dauerhafte Niederlassung verhindert werden. Diese Regelung wurde jedoch bereits ein Jahr später aufgegeben. Die deutschen Unternehmen hatten kein Interesse daran, ihre gut eingelernten Arbeitskräfte zu verlieren und die Gastarbeiter schätzten den Wohlstand, die Arbeitsverhältnisse und die sozialen Leistungen in Deutschland mehr und mehr. So blieben die türkischen Gastarbeiter immer länger hier und begannen auch zunehmend, ihre Familien nachzuholen. Das führte zum Abkommen über soziale Sicherheit vom 4.4.1964, wonach die türkischen Arbeitnehmer ebenfalls Kindergeld bezogen und sozialrechtlich mit ihren deutschen Kollegen gleichgestellt wurden. Eine mögliche Rückkehr in die Türkei wurde von vielen nun immer weiter hinausgeschoben.

Wer unterrichtet die türkischen Gastarbeiterkinder in Heilbronn?

Die Kinder der Gastarbeiter wurden zunächst – ohne Rücksicht auf ihre mangelnden Sprachkenntnisse – in die Regelschulen aufgenommen, was zu problematischen Verhältnissen führte. So berichtete die Heilbronner Stimme am 31.7.1970:

Die schulische Situation der Gastarbeiterkinder:
Lehrer sind überfordert – die Ausbildung ist gefährdet

[...] Was tut man zum Beispiel, um den Kindern der Gastarbeiter eine ausreichende Schulbildung zuteil werden zu lassen? Oberschulrat Hoffmann: „Wir haben keine speziellen Leistungen für Gastarbeiter-Kinder."
Im Stadtkreis Heilbronn unterliegen zur Zeit 261 Ausländer-Kinder nach dem Schulverwaltungsgesetz der Grundschulpflicht. 102 Türken, 65 Italiener, 54 Griechen, 23 Spanier. Dazu kommen noch Portugiesen, Österreicher, Ungarn und Jugoslawen.

Achtklässler ohne Deutschkenntnisse
Das Kultusministerium räumt den Schulleitern zwar die Möglichkeit ein, spezielle Ausländer-Klassen einzurichten. Dazu braucht man aber zumindest 20 Schüler gleicher Nationalität und etwa gleichen Alters, Bedingungen, die an keiner Heilbronner Schule erfüllt werden. So behilft man sich mit Mischklassen. Und wenn ein 14-Jähriger Ausländer nach Deutschland kommt, wird er normalerweise eben in die achte Klasse gesteckt, selbst wenn er kein Wort Deutsch versteht. So kommt es, dass an manchen Heilbronner Unterrichtsstätten – gelinde gesagt – etwas prekäre Zustände herrschen.

36 Prozent Ausländer
Das Musterbeispiel ist die Sontheimer Grundschule. Dort sind in der Klasse 1a von 54 (!) Schülern zehn Ausländer. In der Parallelklasse kommen auf 34 Deutsche nicht weniger als 19 Ausländer. Das sind knapp 36 Prozent der Klasse [...].
Ein Lehrer, der eine mehr als 50-köpfige Anfängerklasse unterrichten muss und zudem noch gegen Verständigungsschwierigkeiten anzukämpfen hat, ist hoffnungslos überfordert. Der Unterricht leidet zwangsläufig, weil die ausländischen Kinder oft Anweisungen und Ausführungen nicht verstehen. Und das geht wieder zu Lasten der deutschen Schüler. Mancher Lehrer sagt unter dem Zwang der Situation: „Ich ziehe eben meinen Stoff durch. Ob die mitkommen oder nicht, darum kann ich mich nicht entscheidend kümmern. Schließlich habe ich sie nicht geholt!" [...].

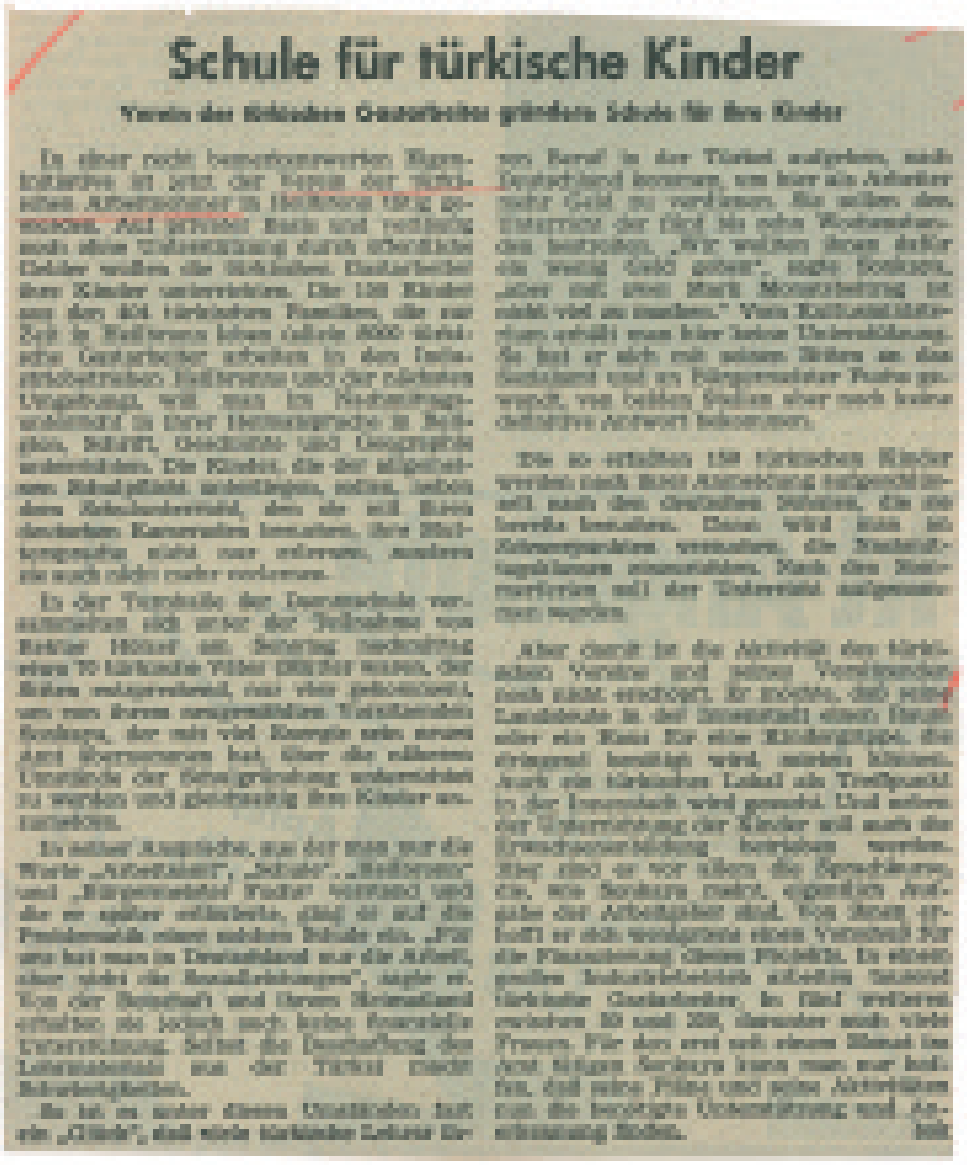
Gastarbeiter lebensnotwendig
Manche Heilbronner Unternehmen könnten ohne „gastarbeitende" Ausländer ihre Pforten schließen. Aber tun sie auch genug, um diesen ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen? Eine soziale Leistung könnte zum Beispiel die sprachliche Schulung der von ihnen ins Land geholten Ausländer sein. Gegenargument eines Arbeitgebers: „Aber warum denn? Die machen ja doch nur die Hilfsarbeiten, für die man keine Sprachkenntnisse braucht."
Es hilft jedenfalls nichts, sich immer hinter irgendwelchen Verordnungen, Erlassen oder Gesetzen zu verschanzen. Die ausländischen Gastarbeiter sind ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft und sie müssen deshalb auch zum Bestandteil des sozialen Lebens werden, nicht nur „notwendiges Übel". Und Schulpflicht bedeutet nicht zuletzt auch Schulrecht.

Heilbronner Stimme vom 31. Januar 1970. Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn, ZS-1398 „Gastarbeiter"

Die Gastarbeiterfamilien empfanden diese Situation als belastend. So bildeten sich Initiativen, die einen muttersprachlichen Unterricht begleitend zum Regelunterricht forderten. Die Griechen machten in Heilbronn den Anfang. Seit 1967 wurde griechischer Unterricht an der Dammschule Heilbronn von griechischen Lehrern erteilt: 25 Kinder aus Heilbronn im Alter von sechs bis dreizehn Jahren besuchten im Frühjahr 1967 an drei Nachmittagen in der Woche in einer jahrgangsübergreifenden Klasse Unterricht in ihrer Heimatsprache. Drei Jahre später startete der soeben gegründete Verein türkischer Arbeitnehmer in Heilbronn e.V. eine ähnliche Initiative. Darüber berichtete die Heilbronner Stimme am 26. Mai 1970:

Der Sprecher des Vereins, Ihsan Sonkaya, wandte sich, nachdem monatelang nichts geschehen war, in einem Brief am 31.8.1970 direkt an den Oberbürgermeister von Heilbronn und bat um Hilfe bei der Einrichtung türkischer Schulklassen. Außerdem stellte er weitere Ziele seines Vereines vor: Eröffnung von Kinderkrippen und Sprachkurse für Erwachsene. Auch dafür bat er um Unterstützung.

Jetzt wurde die Stadt aktiv und wandte sich an das Oberschulamt in Stuttgart. Vier Monate später konnte in Heilbronn-Sontheim eine Vorbereitungsklasse für türkische Kinder eröffnet werden. Die Kinder wurden von türkischen Lehrern in ihrer Heimatsprache unterrichtet und erhielten außerdem noch zehn Stunden wöchentlich Deutschunterricht. In den folgenden Jahren wurden an fast allen Grund- und Hauptschulen Vorbereitungsklassen eingerichtet und von deutschen Lehrern innerhalb des baden-württembergischen Schulwesens unterrichtet. Sobald als möglich sollten die Schüler dann in die deutschen Regelklassen aufgenommen werden. Daneben konnte, auf privater Basis, nachmittags muttersprachlicher Unterricht angeboten werden.



Schule für türkische Kinder

Verein der türkischen Gastarbeiter gründete Schule für ihre Kinder

Heilbronner Stimme, 26. Mai 1970.
Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn ZS-6498
„Türkischer Arbeitnehmerverein Heilbronn“

Verwendung der Quelle im Unterricht

Wer kümmert sich um die Gastarbeiterkinder? Diese Frage bündelt die Probleme von Gastarbeiterfamilien der ersten Generation und schneidet auch das Thema Integration an. In der deutschen Öffentlichkeit wurde der muttersprachliche Unterricht noch lange kontrovers diskutiert und teilweise eher als Integrationshindernis betrachtet.

Von der konkreten Frage ausgehend erschließen sich den Schülerinnen und Schülern zahlreiche Detailaspekte. Sie können aus der Quelle herausarbeiten, welche Ziele aus Gastarbeiterperspektive 1970 als vordringlich angesehen wurden: vorschulische Kinderbetreuung, Lösung der unbefriedigenden Schulsituation und Vermittlung von Deutschkenntnissen. Dabei werden auch die sozialpolitischen Defizite baden-württembergischer Institutionen deutlich.

Methodisch reizvoll wäre auch ein gestaltpädagogischer Ansatz: *Schreibe aus der Perspektive des Oberbürgermeisters einen Antwortbrief!* Ein Vergleich der Schülerarbeiten wird reichhaltigen Diskussionsstoff geben.

Vom Brief des türkischen Arbeitnehmervereins an den Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn ausgehend kann weiter danach gefragt werden, wie es zu der Entwicklung vom anfangs zeitlich befristeten Einsatz vorwiegend alleinstehender ausländischer Arbeitskräfte zu Familiengründung bzw. Familienzusammenführung mit zeitlich unbefristeter Aufenthaltsperspektive kam. In einem Vergleich mit heute können die Entwicklung der Integration untersucht, Defizite festgestellt und Lösungen diskutiert werden.

Die Quelle kann auch Anlass dafür sein, im Bekannten- oder Verwandtenkreis nachzufragen und die Erinnerung

1

1 | Gastarbeiterunterkunft Ende der Sechziger Jahre
Vorlage: Stadtarchiv Karlsruhe, 8/BA Schlesiger A 8a/15/3/2

2 | Gastarbeiterunterkunft Heilbronn 1970
Foto: Heilbronner Stimme

2

von Zeitzeugen an ihre ersten Jahre in Heilbronn bzw. in anderen Städten des Landes in den Unterricht einzubeziehen. Aufgrund der leichten Lesbarkeit und der guten Verständlichkeit kann die Quelle in allen Schularten und Klassenstufen eingesetzt werden, wenn das Thema *Gastarbeiter* behandelt wird. Sie lässt sich auch mit einem Besuch des Stadtarchivs Heilbronn verbinden. In der *Zeitgeschichtlichen Sammlung* finden Lehrer und Schüler zahlreiche Paralleltexte, vor allem Zeitungsartikel aus der Ortspresse (Heilbronner Stimme, Heilbronnjournal oder Neckarecho). Die Archivare sind bei der Vorbereitung eines Archivbesuchs gerne behilflich.

3

4

3 | Gastarbeitertreff vor den Kinos auf der Heilbronner Allee, 1970
Foto: Heilbronner Stimme

4 | Gastarbeiter auf dem Heilbronner Hauptbahnhof
Foto: Heilbronner Stimme

Literatur

Stadtarchiv Heilbronn, Zeitgeschichtliche Sammlung, „Gastarbeiter“.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Heilbronn, Geschichte, Vereine, Fakten. Redaktion: Christian Britzke und Manfred Urban. Herausgegeben von der Stadt Heilbronn. Heilbronn 1997.

Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. Herausgegeben von Klaus J. Bade. München 1992.

Hermann Bausinger: Lauter Ausländer ... Die südwestdeutsche Kultur als Importerzeugnis. In: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde II. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 18). Stuttgart 1991.

Svenja Falk: Dimensionen kurdischer Ethnizität und Politisierung. Eine Fallstudie ethnischer Gruppenbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1998.

Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001.

Ulrich Maier: Siedlungsgeschichte des Unterlandes. Von der Steinzeit bis heute. Heilbronn 1997.

Ulrich Maier: „Fremd bin ich eingezogen...“. Zuwanderung und Auswanderung in Baden-Württemberg. Gerlingen 2002.

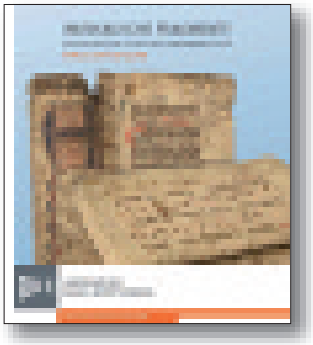
Karl-Heinz Meier-Braun und Reinhold Weber: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg. Leinfelden-Echterdingen 2009.

Günther Seitter u.a.: Türken bei uns. Politik und Unterricht 2/2000.

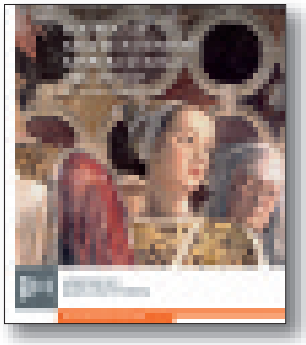
Anmerkungen

1 Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001, S. 202).
2 Erklärung des Bundesarbeitsministers, zitiert nach Vereinigter Wirtschaftsdienst (VWD) 29.11.1954.
3 Herbert, S. 202.
4 Vgl. Svenja Falk: Dimensionen kurdischer Ethnizität und Politisierung. Eine Fallstudie ethnischer Gruppenbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1998, S.149 ff.
5 Zitiert nach Karl-Heinz Meier-Braun und Reinhold Weber: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg. Leinfelden-Echterdingen 2009, S. 132 f.

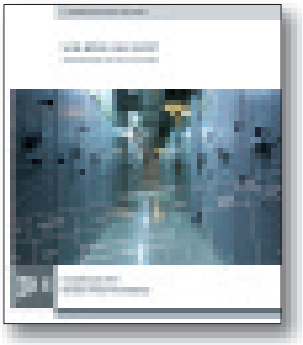
Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Musikalische Fragemente
Mittelalterliche Liturgie als Einbandmakulatur
Katalog zur Ausstellung
Bearbeitet von Andreas Traub und Annekathrin Miegel
Verlag W. Kohlhammer 2011
80 Seiten, 64 Abbildungen, kartoniert
€ 12,–
ISBN 978-3-17-022129-1



Von Mantua nach Württemberg
Barbara Gonzaga und ihr Hof
Bearbeitet von Peter Rückert
Verlag W. Kohlhammer 2011
364 Seiten, 150 Abbildungen, CD-ROM, fester Einband
€ 29,–
ISBN 978-3-17-022390-5

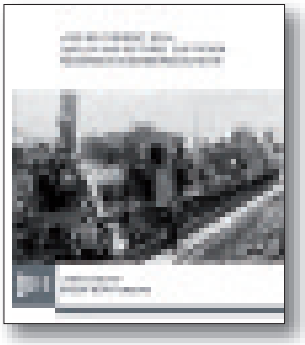


Vom Büro ins Depot
Rationelle Verfahren der Bewertung und Übernahme von Akten
Vorträge des 70. Südwestdeutschen Archivtags am 19. Juni 2010 in Müllheim
Herausgegeben von Jürgen Treffeisen
Verlag W. Kohlhammer 2011
80 Seiten, 15 Abbildungen, kartoniert
€ 12,–
ISBN 978-3-17-021959-5

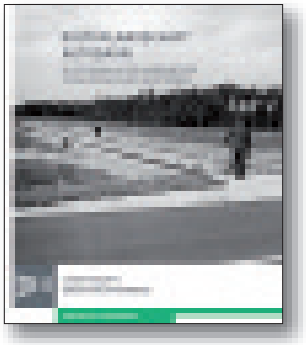
Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich.

Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchiv-bw.de) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

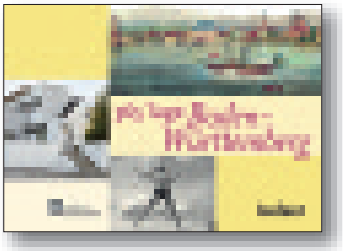
Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchiv-bw.de) unter „Das Landesarchiv > Publikationen“.



„Die Welt bewegt sich!“
Quellen und Beiträge zur frühen regionalen Eisenbahngeschichte.
Vorträge eines landesgeschichtlichen Symposiums des Stadtarchivs Reutlingen in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg am 18. September 2009 in Reutlingen
Herausgegeben von Heinz Alfred Gemeinhardt und Volker Trugenberger
Verlag W. Kohlhammer 2011
140 Seiten, 88 Abbildungen, kartoniert
€ 19,–
ISBN 978-3-17-022032-4



Kulturlandschaft Autobahn
Die Fotosammlung des Landesamts für Straßenwesen Baden-Württemberg
Bearbeitet von Bernhard Stumpfhaus
Verlag W. Kohlhammer 2011
168 Seiten, 115 Abbildungen, kartoniert
€ 18,–
ISBN 978–3–17–022370–7



365 Tage Baden – Württemberg
Belser-Verlag 2011
376 Seiten, 365 Abbildungen, fester Einband
€ 24,95
ISBN 978–3–7630–2604–3

Titelfoto:
Improvisierte Kochstelle von Vertriebenen unter freiem Himmel in Wertheim am Main.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-A 57II

Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg,
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,
Telefon 0711/212-4285,
Telefax 0711/212-4283,
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de,
Internet: www.landesarchiv-bw.de.

Redaktion:
Dr. Regina Keyler
Gestaltung:
agil > Visuelle Kommunikation, Pforzheim
Druck: Pfitzer GmbH & Co. KG, Renningen

Das Heft erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.
ISSN 1437-0018

Landesarchiv Baden-Württemberg

Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
Verwaltung
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: verwaltung@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg
Fachprogramme und Bildungsarbeit
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: fachprogramme@la-bw.de

INSTITUT FÜR ERHALTUNG

Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6600
Telefax: 07141/18-6699
E-Mail: bestandserhaltung@la-bw.de

Archivabteilungen

STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

HAUPTSTAATSARCHIV STUTTGART

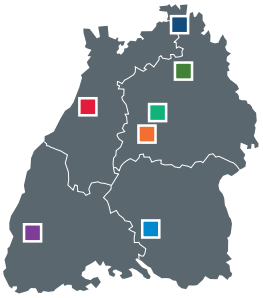
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6310
Telefax: 07141/18-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des
Staatsarchivs Ludwigsburg
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/2277
Telefax: 07942/4295
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de